

Unverkäufliche Leseprobe



Winfried Nerdinger
München und der Nationalsozialismus
Katalog des NS-Dokumentationszentrums
München

158 Seiten mit 20 farbigen Abbildungen. Halbleinen
ISBN: 978-3-406-67453-2

Weitere Informationen finden Sie hier:
<http://www.chbeck.de/13657019>

Einführung

Im Januar 1947 wurden die beiden NS-›Ehrentempel‹ am Münchner Königsplatz auf Anordnung der US-Behörden gesprengt. Man entfernte die Sarkophage der dort aufgebahrten 16 Personen, die bei dem Putschversuch am 9. November 1923 erschossen und von den Nationalsozialisten in einem pseudoreligiösen Ritual als ›Märtyrer‹ und ›Blutzeugen‹ ihrer ›Bewegung‹ verehrt worden waren.¹ Stehen blieben die fast zwei Meter hohen, 21 x 21 Meter großen Sockel, die zunächst hinter einem Zaun versteckt und dann 1956 im Hinblick auf die 800-Jahr-Feier der Stadt München bepflanzt wurden. Gras wuchs darüber und die Sockel verschwanden aus der Wahrnehmung – ein geradezu symbolisches Zeichen der Verdrängung und der ›Vergangenheitspolitik‹² der frühen Bundesrepublik. In der zerrissenen westdeutschen Nachkriegsgesellschaft hatten sich die wenigen Gegner mit den vielen Mitläufern und Mittätern des NS-Regimes in einer Art Burgfrieden zusammengeschlossen, um das zerstörte Land gemeinsam wieder aufzubauen. Die Wunden sollten verheilen, aber der Preis dafür war, dass Mitte der 1950er-Jahre nahezu alle ehemaligen Parteigenossen, auch solche, die schwere Verbrechen begangen hatten, in die bundesdeutsche Gesellschaft integriert waren. Die Sockel am Königsplatz verschwanden unter Vegetation, und auf dem vom NS-Regime hinterlassenen Schindanger³ florierte das Wirtschaftswunder.

Die Verdrängung der braunen Vergangenheit verlief in München in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Krieg ähnlich wie in der gesamten Bundesrepublik.⁴ Erst mit einem Generationswechsel begann sich in den 1970er- und 1980er-Jahren allmählich in breiteren Bevölkerungsschichten ein Bewusstsein für Schuld und Verantwortung

zu bilden. Während nun in einigen Städten der Bundesrepublik die NS-Geschichte intensiv diskutiert und auch im öffentlichen Raum wieder sichtbar gemacht wurde, blieb die Auseinandersetzung mit dem ›Dritten Reich‹ in München noch lange sehr verhalten.

Dabei hatte die ehemalige ›Hauptstadt der Bewegung‹ einen ganz besonderen Grund und eine spezielle Verpflichtung, sich der Vergangenheit zu stellen. Mehr als jede andere Stadt war München mit dem Nationalsozialismus verknüpft und verstrickt. Zwar lassen sich die ›Machtübernahme‹ und der Vernichtungskrieg nicht allein aus einer stadtgeschichtlichen Perspektive erklären, aber Münchner Bürgerinnen und Bürger sowie Münchner Behörden und Institutionen trugen eine entscheidende Mitschuld am Entstehen und an der Ausbreitung der rechtsextremen, antisemitischen Partei sowie am Aufstieg von Hitler, Himmler und Heydrich. Von München aus wurde das Konzentrationslager Dachau errichtet, der Inbegriff und die ›Schule der Gewalt‹ des NS-Terrorregimes, 1938 wurde hier das ›Münchener Abkommen‹ geschlossen, das bis heute in der ganzen Welt den Namen der Stadt mit einer gescheiterten Appeasement-Politik und Annexion verknüpft, und im Münchner Rathaus wurde am 9. November 1938 zum Pogrom gegen die Juden aufgerufen und damit der Holocaust eingeleitet. Warum bot gerade München in den 1920er-Jahren den Nährboden für Vordenker und Mörder des späteren Holocaust? Warum gingen einige der schlimmsten Verbrechen von München aus? Diese Fragen rühren tief an das Selbstverständnis einer Stadt, die in der Bundesrepublik zur ›heimlichen Hauptstadt‹ avancierte und von einem selbst fabrizierten Image als ›Weltstadt mit Herz‹ profitierte.

Erst im Laufe der 1990er-Jahre gewannen auch in München Bürgerinitiativen, Stadtteilgruppen, Bezirksausschüsse und einzelne Politiker mit Unterstützung nationaler und internationaler Medien allmählich ein solches Gewicht, dass endlich 2001 im Münchner Stadtrat und 2002 im Bayerischen Landtag ein Beschluss zum Bau eines NS-Dokumentationszentrums auf dem Gelände des ehemaligen ›Braunen Hauses‹, der Parteizentrale am Königsplatz, gefasst wurde. Ein Initiativkreis, in dem sich engagierte Bürgerinnen und Bürger und Vereinigungen zusammengeschlossen hatten, begleitete und forcierte die weiteren Diskussionen und Aktionen um das neu zu schaffende Zentrum. Über langwierige Etappen mit Gutachten und Gremien kam es 2008 zum Abschluss eines Vertrags zwischen Bund, Land und Gemeinde über die Finanzierung des Baus, 2008/09 erfolgte ein Architektenwettbewerb und im März 2012 die Grundsteinlegung für den Neubau nach dem Entwurf des Berliner Architekturbüros Georg Scheel Wetzel.

Im Auftrag des Kulturreferats der Landeshauptstadt München entwickelten Hans Günter Hockerts, Marita Krauss, Peter Longerich und Winfried Nerdinger 2011/12 auf der Grundlage vorangegangener Gutachten und der Empfehlungen eines wissenschaftlichen Beirats ein Ausstellungskonzept. 2012 wurde der Herausgeber der vorliegenden Publikation zum Gründungsdirektor ernannt. Er erarbeitete das Drehbuch für die Dauerausstellung mit einem Team wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie in Verbindung mit den anderen Konzeptverfassern, mehreren externen Arbeitskreisen und zahlreichen weiteren Fachkollegen. Die Umsetzung in eine Ausstellung erfolgte in Zusammenarbeit mit Gestaltern, wobei kontinuierlich architektonische und pädagogische Anforderungen adaptiert wurden.

Einige entscheidende Vorgaben bilden den Rahmen für das NS-Dokumentationszentrum München. Es handelt sich weder um ein Museum oder Ausstellungshaus noch um ein Forschungs- oder Studienzentrum, sondern um einen ›Lern- und Erinnerungsort zur Geschichte des Nationalsozialismus‹ in München. Es geht somit zum einen um eine historische Dokumentation der Entstehung, Entfaltung und Nachwirkung des Nationalsozialismus in München. Dabei stehen einige Leitfragen im Mittelpunkt:

›Warum München?‹, ›Wie kam es zum Absturz in eine radikale Ausgrenzungsgesellschaft?‹, ›Wie eskalierten Rassismus und Gewalt im Krieg?‹ Zum anderen soll ein Ort geschaffen werden, an dem die Besucher erkennen können, dass das, was damals geschah, uns heute noch etwas angeht. Dementsprechend umfasst die Dokumentation auch den Umgang mit dem NS-Erbe von der Nachkriegszeit bis in die Gegenwart und ist auf Lern- und Erkenntnisziele ausgerichtet: ›Demokratie kann scheitern‹, ›Ausgrenzung ist der Anfang der Unmenschlichkeit‹, ›Gegen Vergessen, für Demokratie‹.

Das Dokumentationszentrum ist somit zuallererst ein Ort, an dem historische Ereignisse und Zusammenhänge als Gegenstände des Wissens vermittelt werden,⁵ denn das Wissen über den Nationalsozialismus nimmt in der breiten Bevölkerung fast gegenläufig zur ständig wachsenden wissenschaftlichen Forschung ab. Nur auf der Basis von Wissen können jedoch Erkenntnisse gewonnen und eigene kritische Reflexionen in Gang gesetzt werden. In diesem Sinne ist es Ziel des NS-Dokumentationszentrums, zu einem Ort zu werden, an dem bei der Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus eine Selbstvergewisserung demokratischer Errungenschaften stattfinden kann, die täglich neu verteidigt werden müssen.

Reinhart Koselleck hat darauf verwiesen, dass die Erinnerung an den Nationalsozialismus mit der Frage beginnen muss: »Was ist zu erinnern?«⁶ Es geht um Erinnerung an ein »negatives Ereignis«, an Unfreiheit, Mord und Verbrechen. Ein derartiges »negatives Gedächtnis« ist in der Geschichte immer von dem Versuch geprägt gewesen, die Taten durch Rache, Strafen oder Sühneleistungen zu kompensieren, oder aber durch das Bemühen, die negative Erinnerung ins Positive umzudeuten. »Es gibt jedoch keine Sinnstiftung, die rückwirkend die Verbrechen der nationalsozialistischen Deutschen« entschuldigen könnte. Die Antwort auf die Frage, was zu erinnern sei, lautet deshalb, »dass es für uns Deutsche nur die eine Möglichkeit gibt: Die Täterschaft und ihre Taten müssen in die Erinnerung einbezogen und nicht nur die Opfer als solche und allein erinnert werden. Das unterscheidet uns von anderen Nationen. Denn wir sind politisch verantwortlich, und deswegen müssen wir Taten und Täter mitbedenken und nicht nur der Opfer gedenken.«⁷

Die Auseinandersetzung mit den Tätern sowie mit deren Handlungen und Motiven bildet somit die inhaltliche Basis des NS-Dokumentationszentrums. Diese Ausrichtung wird noch verstärkt durch die Einbeziehung der authentischen Täterorte, denn das NS-Dokumentationszentrum besetzt das Grundstück der ehemaligen Parteizentrale am Königsplatz, damals das »Forum der Bewegung«, und liegt mitten im ehemaligen Parteiviertel der NSDAP, in dem etwa 6000 Personen das Funktionieren der diversen Parteiorganisationen und deren Aktivitäten bis zum Kriegsende ermöglichten. Schon der historische Ort, an dem sich das NS-Dokumentationszentrum befindet, lenkt somit den Blick auf die Akteure der Massenverbrechen. Die Platzierung lieferte eine entscheidende Grundlage des gesamten Ausstellungskonzepts: Die authentischen Täterorte sind Teil der Dokumentation und Präsentation. Nur auf der Seite der Täter und ihrer Helfer können die Ursachen, Hintergründe, Motive und Strukturen, die zum rassistischen Vernichtungskrieg und zum Holocaust führten, gefunden und aufgezeigt werden. Darin liegt die ganz besondere Bedeutung einer Dokumentation an einem Täterort. Denn an einem Ort, an dem der Opfer gedacht wird, geht es um Empathie mit den Verfolgten, und der Blick auf die Opfer kann uns nicht die Gründe erklären, warum sie verfolgt wurden. Aufgabe, Funktion und Ort des Dokumentationszentrums erfordern also einen spezifischen Zugang und eine entsprechende Präsentationsform. Dabei werden die Täter selbstverständlich nicht isoliert gesehen, denn an sie wird nicht um ihrer selbst Willen erinnert, sondern nur wegen der Verbrechen, für die sie verantwortlich sind. Die Einbeziehung der Opfer und Multiperspektivität sind somit bei der Vermittlung unabdingbar.

Die Bezugnahme auf zahlreiche umgebende Täterorte in der Präsentation und die Verknüpfung von Ort und Erinnerung sind grundlegende Bestandteile und zugleich ein Spezifikum des NS-Dokumentationszentrums München. Durch den direkten Bezug auf den Ort des Geschehens erhält die Dokumentation historischer Ereignisse eine besondere Prägnanz und Überzeugungskraft, denn der Besucher erfährt unmittelbar: Hier wird nichts inszeniert oder virtuell imaginiert, sondern genau hier ist es gewesen. Darüber hinaus wird das geschichtliche Ereignis aufgrund der topologischen, ortsbezogenen Struktur des

menschlichen Gedächtnisses auch besonders intensiv mit der Erinnerung verknüpft und damit im Gedächtnis gespeichert. Die Verankerung der Geschichte im Münchner Stadtraum ist deshalb ein wichtiger Teil der Vermittlung.⁸

Das Thema Vermittlung führt zu der Frage: »Wie ist zu erinnern?« Das gesprochene Wort und einzelne Ereignisse verschwinden mit der individuellen Erfahrung, Erinnerung kann jedoch mittels einer Verdinglichung als Bild, Text, Film o.ä. an nachfolgende Generationen weitergegeben werden. Für die Darstellung der Täterwelten werden in der Dauerausstellung keine originalen Werke oder Objekte verwendet, deren Präsentation zu einer Ästhetisierung und Auratisierung führen würde. Bei einer Dokumentation über Täter an einem Täterort verbietet sich dies ebenso wie jede Form von Einfühlung beziehungsweise Emotionalisierung. Deshalb werden ausschließlich Reproduktionen sowie reproduzierende und reproduzierbare Medien wie Fotografie oder Film in Kombination mit erläuternden Texten gezeigt. Ziel ist eine objektivierte Kontextualisierung und evidente Vermittlung historischer Zusammenhänge. Es geht um Erklärung und Verstehen oder mit den Worten Klaus von Dohnanyis: »Wir brauchen die rücksichtslose Aufklärung, wir brauchen ein helles Licht, um die dunkle Vergangenheit wirklich auszu-leuchten.«⁹

Um möglichst alle Besucher anzusprechen und zu erreichen, ist die Dauerausstellung so aufgebaut, dass Informationen je nach Interesse und Verweildauer auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlicher Tiefe präsentiert werden. Im Hinblick auf eine begrenzte durchschnittliche Besuchszeit ist die Dokumentation in insgesamt 33 Themenschwerpunkte gegliedert, die in komprimierter Form verständlich, begründet und zusammenhängend die Ereignisse und Probleme vermitteln. Diese Themenschwerpunkte sind als vertikal angeordnete, großformatige Leuchtrahmen gestaltet, die den Besucher durch die Ausstellung leiten. Das zu vermittelnde Thema wird jeweils als Großbild visualisiert, das wiederum mit einem weiteren kleineren Bild konfrontiert und damit inhaltlich vertieft wird, während ein knapper Text in Deutsch und Englisch die Zusammenhänge erläutert. Mit Bildern allein würden Handlungen von den sie bedingenden gesellschaftlichen Strukturen abgeschnitten, die Anschauung wäre »blind«,¹⁰ mit Texten allein bliebe die Information abstrakt. Opti-

scher Eindruck und Erklärung von Kontext und Strukturen greifen deshalb ineinander, visuelles Erleben und rationale, begrifflich strukturierte Analyse bedingen und ergänzen sich.

Diese erste Präsentationsebene basiert somit stark auf der Kraft von Bildern, die zu allen Zeiten handlungs- und bewusstseinsanregend für den Betrachter war. Denn Bilder haben das Potential, »Momente der Vergangenheit in immer neuer Gegenwart heraufzubeschwören« und sprachliche Aussagen »im Zusammenspiel mit dem Bild oder auch im Konflikt mit der Sphäre des Visuellen zur höchsten Entfaltung«¹¹ kommen lassen. Darüber hinaus haben Bilder eine eigene visuelle und logische Aussagekraft, jenseits des Sprachlichen, denn »was gezeigt werden kann, kann nicht gesagt werden«.¹² Diese deiktische Kraft beziehungsweise die »ikonische Evidenz«¹³ sind wichtige Elemente der Präsentation und Didaktik. Da aber Bilder immer auch den subjektiven Blickwinkel des Fotografen transportieren und ihnen durch den Verstehens- und Bildhorizont des Betrachters unterschiedliche Bedeutungen zugewiesen werden, werden sie kontextualisiert und bei Bedarf bildkritisch erläutert, um den »Täterblick« beziehungsweise die Täterperspektive durch die Kamera zu brechen und den Verstehenshorizont selbst zu thematisieren.¹⁴

Die erste, vertikal angeordnete Informationsebene, die mit Filmen und Karten ergänzt wird, ist mit einer horizontal gestalteten zweiten Rezeptionsebene verbunden, die zu einer längeren Verweildauer einlädt. Hier werden die Themenschwerpunkte weiter differenziert und der Besucher kann Fragestellungen vertiefen. Medienguides, die für spezifische Besuchergruppen und Themen entwickelt wurden, liefern zusätzliche Informationen wie auch authentische Tondokumente und verstärken damit die Perspektive auf individuelle Erlebnisse. Zur weiteren Vertiefung können Einzelbesucher wie auch Gruppen in einem Lernforum im Untergeschoss die gesamte Dokumentation nochmals an Medientischen und Researchstationen ansehen und über eine Datenbank, die kontinuierlich ausgebaut wird, zusätzliche Informationen erhalten. Für die pädagogische Arbeit mit Gruppen sind außerdem Seminarräume vorhanden.

Abschließend ist die Frage zu stellen: »Warum ist zu erinnern?« Koselleck zitierte dazu den Titel der Erinnerungen von Anita Wallfisch-Lasker, der Cellistin von Auschwitz,

»Ihr sollt die Wahrheit erben« und erklärte, damit sei die Aufgabe des Historikers genau zusammengefasst. Diese Aufgabe wird im NS-Dokumentationszentrum München als Aufforderung zu kontinuierlicher Reflexion und Aufklärung verstanden, denn es gibt »keine Geschichte, wenn man die Vergangenheit und damit auch die Verbrechen« ruhen lässt; Geschichte ist »Rekonstruktion«, »Gerichtsverhandlung« und »permanenten Prozess«.¹⁵ Ein NS-Dokumentationszentrum kann allerdings nicht das kompensieren, was im Elternhaus, in der Schule oder generell in der deutschen Gesellschaft seit 1945 nicht geleistet worden ist. Der Besuch kann auch nicht gegen Rechtsradikalismus und Antisemitismus immunisieren. Das NS-Dokumentationszentrum ist ein deutlich sichtbares Zeichen in der Stadt München, dass sich die Bürgerinnen und Bürger und die politisch Verantwortlichen der Geschichte ihrer Stadt, in der eine Verbrechensaat groß gezogen wurde, stellen, und dass sie eine Verpflichtung zur Erinnerung übernommen haben und deshalb Wissen zur Aufklärung und demokratischen Selbstvergewisserung bereit stellen. Diese Haltung manifestiert sich im prominent platzierten Neubau am Königsplatz und in der bewussten Konfrontation mit den umgebenden Bauten der NS-Zeit. Deshalb wurde im November 2014 auch der Bewuchs des Sockels am nördlichen Ehrentempel entfernt und damit die NS-Vergangenheit der Stadt an dieser Stelle wieder sichtbar gemacht und in Bezug zum gegenüberliegenden NS-Dokumentationszentrum gebracht. Der freigelegte Unterbau bildet als »stumme Zeuge« das Gegenstück zum südlichen Sockel, dessen unberührte Vegetation die seit dem Krieg nunmehr vergangenen 70 Jahre der Verdrängung weiterhin belegt.

Die Pflicht zur Erinnerung wird das NS-Dokumentationszentrum München an alle Besucherinnen und Besucher und an zukünftige Generationen weitergeben, es wird informieren und aufklären und eine stetige Auseinandersetzung einfordern. Über dem Dokumentationszentrum steht der Satz von Primo Levi: »Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen.«¹⁶ Deshalb gilt als Leitmotiv: »Das geht mich etwas an!« Jeder ist mitverantwortlich, dass sich das, was in München begann und im Holocaust endete, nie wieder ereignet.

Winfried Nerdinger



Etwa 10.000 SA-, SS- und HJ-Angehörige zogen beim Gautag der NSDAP am 3. Juli 1932 durch München. Die Partei wollte die Beherrschung des öffentlichen Raums demonstrieren. Diesen Eindruck sollte auch die Aufnahme vermitteln, die den Vorbeimarsch an Hitler in der Widenmayerstraße zeigt. Gegen die gewalttätigen rechtsextremen Agitationen und für den Schutz der Republik kämpfte die Eiserne Front, die sich aus sozialdemokratischen und liberalen Gruppierungen gebildet hatte. Ihr Erkennungszeichen waren drei Pfeile auf rotem Grund.

1929 – 1933

Der Weg zur Macht – Demokratie kann scheitern

Die 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise erschütterte die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Republik. Die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung verschärfte die Krise noch weiter. Gewaltige soziale Spannungen und tiefe kulturelle Gegensätze brachen auf. Massenverleumdung und Proteststimmungen breiteten sich aus.

Davon profitierten die Extreme des politischen Spektrums, am meisten die NSDAP. In kurzer Zeit gewann diese Splitterpartei einen Massenanhang. Bei den Reichstagswahlen stieg ihr Wähleranteil von 2,6 Prozent (1928) auf 37,4 Prozent (Juli 1932). Als Sammlungsbewegung des Protests mobilisierte die NSDAP Wähler in allen sozialen Schichten der Bevölkerung. Besonders hoch war ihr Anteil bei Mittelstand und Kleinbürgertum. Die hemmungslose Agitation und die manipulativen Möglichkeiten moderner Propaganda erklären den rechtsextremen Wahlerfolg nur zum Teil. Ebenso fatal waren die in der Wählerschaft verbreiteten autoritären Einstellungen, insbesondere die Bereitschaft, sich zur Krisenbewältigung einem ›starken Mann‹ und seinen Heilsversprechen unterzuordnen.

Die Massenbewegung trug Hitler bis an die Schwelle zur Macht. Entscheidend für seine Ernennung zum Reichskanzler im Januar 1933 war jedoch die Unterstützung durch die ›Kamarilla‹ um den Reichspräsidenten von Hindenburg, hinter der Teile der traditionellen Eliten in Reichswehr, Industrie, Bürokratie und Großlandwirtschaft standen. Diese betrieben seit 1930 den Übergang zu einem autoritären Regime, das sie mit einer Einbindung Hitlers in die Regierung abzusichern suchten.

Der Weg der NSDAP zur Macht war kein unaufhaltsamer Siegeszug. Die staatlichen Abwehrmaßnahmen und der zivilgesellschaftliche Widerstand erreichten nicht die Kraft einer geschlossenen Gegenbewegung. Die Weimarer Republik scheiterte, da dem Extremismus nicht entschieden genug entgegengetreten wurde.

Demagogische Protestpartei in der Weltwirtschaftskrise



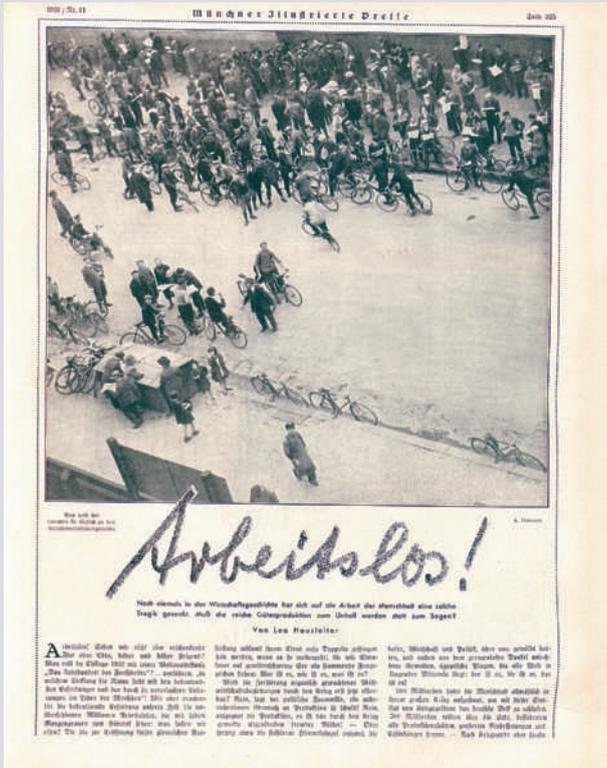
Zusammenstoß der SA mit der
Polizei in München, um 1930

Die rapide ansteigende Arbeitslosigkeit wirkte sich bei den sieben Wahlkämpfen zwischen Dezember 1929 und November 1932 vorteilhaft für die NSDAP aus. Die Partei präsentierte sich als radikale Alternative zum demokratischen ›System‹ der Weimarer Republik, das angeblich auf ganzer Linie versagt habe.

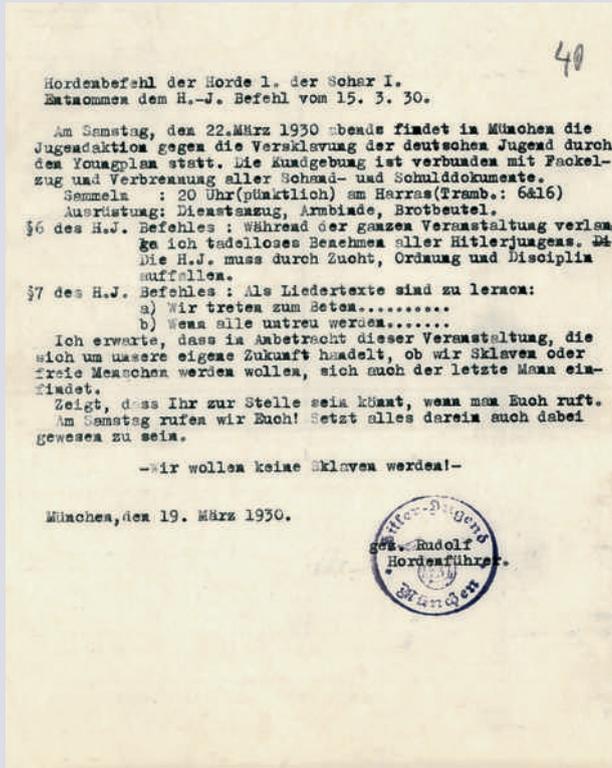
Durch tiefgreifende Reformen ihrer Finanzen, Parteistruktur und Propaganda war die NSDAP seit 1929 darauf eingestellt, praktisch einen Dauerkampfkampf zu führen. Der Propaganda-Aufwand der NSDAP zwischen 1930 und 1932 übertraf die Wahlwerbung der übrigen Parteien bei Weitem. Dabei kamen auch moderne Mittel zum Einsatz, wie Propagandafilme, Schallplatten und Wahlkampf mit dem Flugzeug. Mit straffer Organisation war die NSDAP nahezu in jedem Stadtteil präsent und sprach fast alle Berufsgruppen an. Die propagandistische Kleinarbeit wurde vor allem von der SA geleistet, die zugleich andere Parteien durch Gewaltaktionen

massiv behinderte. Die Partei wurde zwar von Teilen des Bürgertums und der Industrie unterstützt, zentral für ihren Aufstieg waren aber die Spenden- und Einsatzbereitschaft ihrer Mitglieder.

Seit Ende 1929 machte sich auch in München die Weltwirtschaftskrise deutlich bemerkbar und begünstigte einen enormen Aufschwung der NSDAP. Die Zahl der Münchner NSDAP-Mitglieder stieg von rund 2700 Anfang 1929 auf etwa 5000 im September 1931. Bei den Reichstagswahlen 1928 war die NSDAP in München mit 10,7 Prozent der Stimmen erheblich erfolgreicher als in anderen Großstädten und lag weit über dem Reichsdurchschnitt von 2,6 Prozent. Bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 konnte sie sich auf 28,9 Prozent steigern. Ein weiterer Einbruch in die Wählerschaft der rechtskonservativen BVP und der Linksparteien gelang ihr bis zum März 1933 nicht.



Arbeitslose vor dem Arbeitsamt in der Thalkirchner Straße, Artikel in der Münchner Illustrierten Presse, 15.3.1931



Befehl an die Hitlerjugend München, 19.3.1930

Die 1926 gegründete Hitlerjugend war die wichtigste Jugendorganisation der Nationalsozialisten. Sie unterstand bis 1932 der SA und wurde in der »Kampfzeit« gezielt für Propagandazwecke eingesetzt. Die militärisch gedrillten Hitlerjugenden nahmen an Straßenkämpfen und Aufmärschen teil. Für ihr Verhalten erhielten sie genaue Anweisungen.



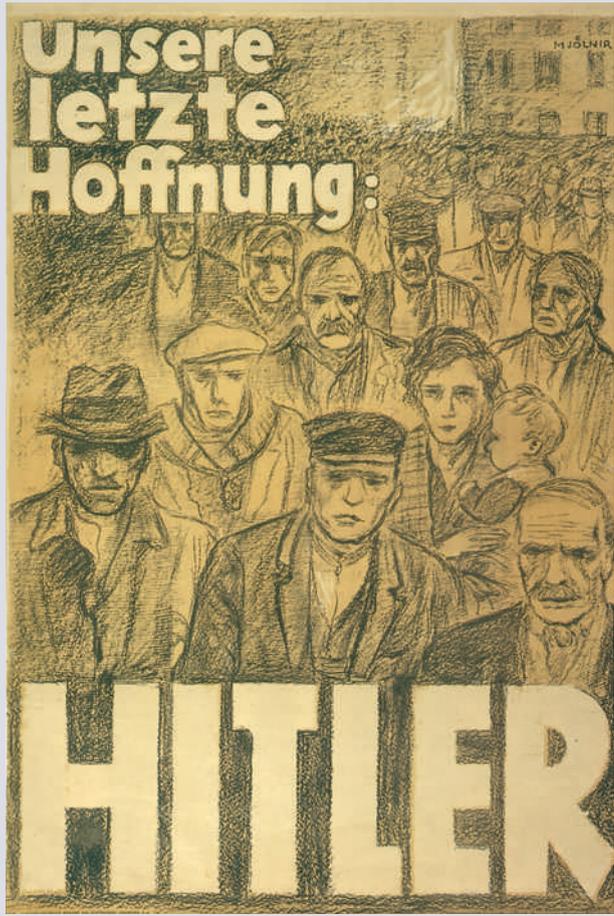
Klebezettel der NSDAP als Massenpropagandamittel in München, Herbst 1931



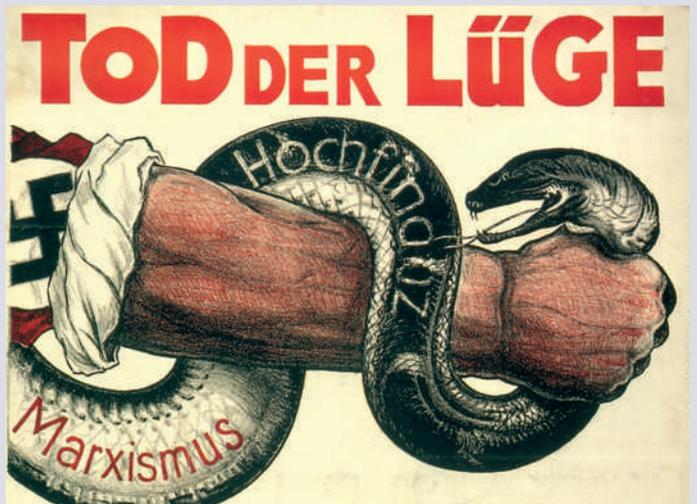
SS-Männer beim Verteilen von Flugblättern in der Schellingstraße/ Ecke Barer Straße, um 1930



Plakat der NSDAP, 1932



Plakat der NSDAP, 1932



Plakat der NSDAP, 1932

Kampf gegen die NSDAP in München

**Heraus zur
Protest-Kundgebung
am Dienstag 21. Juni, abds. 8 Uhr
im Birfusgebäude am Marsfeld**

Es sprechen:

pg. Hermann Esser, m. d. L.
pg. Julius Streicher, m. d. L.
pg. Adolf Wagner, m. d. L.

über:

**Was war im Bayer. Landtag los?
Warum wurden unsere
Abgeordneten verhaftet
und aus dem
Sitzungsfaal geworfen?**

Er scheint in Massen! **Weil sie Rüpel waren!**

Eintritt 50 Pfg. Vertrieb: Münz- u. 2. Eisenbahnstr. gegen Anweisung 10 Pfg. Juden in der Zutritt verboten!
Vertriebsstellen: Buchhandlung, Markt 18 - Verlag St. Euseb. Nachfolger, Thiersstraße 18 - Damm, Blumenstraße 25 - Pögg, Oberanger 50
 Schabauer, Marktstraße 2 - Kirchenhofstr., Erdgeschoss 145 - Franz Keller, Jakobplatz 12

Gau München-Oberbayern der NSDAP.
1933

Mit gedrucktem Kommentar überklebtes Plakat der NSDAP, Juni 1932

Dem Durchbruch der NSDAP zur Macht standen in der bayerischen Hauptstadt einige spezifische Faktoren im Wege: Die Wirtschaftskrise traf München später und die Arbeitslosigkeit war hier niedriger als im Reichsdurchschnitt. Vor allem aber gelang es den großen Parteien BVP, SPD und KPD bis März 1933, die Mehrheit ihrer Wähler zu halten.

Der Kern des katholisch geprägten Milieus lehnte die NSDAP weitgehend ab und unterstützte die BVP. Diese extrem konservative Partei bediente auch rechtsradikale Wähler und nutzte ihre starke Stellung in Innungen, Berufsverbänden und Behörden, um die NSDAP auf Distanz zu halten. Im Unterschied zur laxen Haltung der Justiz verschärfte Polizei und bayerisches Innenministerium seit 1930 ihren Abwehrkurs gegen die Münchner NSDAP und behinderten mit einigem Erfolg deren Propaganda und Organisation. Erst im Märzwahlkampf 1933, als die Nationalsozialisten im Reich bereits an der Macht waren, konnte die NSDAP ungehindert agitieren.

Die ablehnende Haltung von Staat und BVP gegenüber der NSDAP vor 1933 war nicht konsequent. Sie lief insbesondere nicht auf eine entschiedene Verbotspolitik hinaus, wodurch der Aufstieg der Partei hätte verhindert werden können. Nur die Arbeiterbewegung bekämpfte entschieden die NSDAP. In Kreisen der BVP wurde zwar die Gefahr registriert, die von den Nationalsozialisten für Freiheit und Menschenrechte ausging. Aber innerhalb der BVP war eine Neigung zu antidemokratischem und mitunter antisemitischem Gedankengut sowie zu extremem Nationalismus nicht zu übersehen. Einige BVP-Politiker blieben distanziert, andere votierten 1932/33 für eine Koalition mit der NSDAP in Bayern und im Reich.



Auseinandersetzung zwischen Polizei und SA im Juli 1931



Auseinandersetzung in der Amalienstraße zwischen Polizei und SA, letztere wegen eines Uniformverbots in weißen Hemden, 1931



Besetzung des »Braunen Hauses« durch die Bayerische Landespolizei, 13.4.1932



SA-Aufmarsch nach Aufhebung des Uniformverbots, 1932

**Einweihungsfeier
unseres Parteihomes verboten**

Die Bayerische Volkspartei verbietet private Veranstaltungen

Die sogenannte bayerische Regierung lassen die Vorbeeren der Nationalsozialistenverfolgung im »Preußen« nicht schlafen. Was neues Bild vermehren wir:

Die Einweihungsfeier unseres Parteihomes im Garten dieses Hauses ist von der Münchener Volkspartei mit der »Begegnung« verboten worden, das sei eine öffentliche Veranstaltung innerhalb der Gemeindef...

Diese unerhörte Schikane charakterisiert das heutige müßige und impotente bayerische Regime. Dillies und unläßig gegen die marxistische Diktator etwas zu unternehmen, lacht es nach lächerlichen Normen, um die etwache aktiv antimarkistische Bewegung zu terrorisieren. Im englischen Parteikreis wird damit das Schicksal Bayerns immer gefährdet.

Zum Verbot vermehren wir: Einlad sollten nur Parteigenossen finden, die apertfreundig den Ankauf des Helmes ermöglicht hatten. Das Haus ist also Gr u a l e g e n t u m, und wer sich auf dem Hof versammelt, geht die Herren Säugel und Genossen überhaupt nichts an. Die Herrschaften, die über das Heiligtum des Privatigentums so viel schreiben, haben sich damit selbst entlarvt.

Sie sollen nur so weitermachen. Das Volk beginnt, seine Feinde schon zu erkennen, bevor es Damesausbeutung, Youngdiktat mit den verlogenen Versprechungen verbant.

Der große Aufklärungsstreik in Bayern wird bald beginnen und sich diesmal auch gegen die Schächer der Marxistenblut: gegen die Unbayerische Volkspartei richten.

Kommentar zum Verbot der Einweihungsfeier des »Braunen Hauses« im Völkischen Beobachter, 5.7.1930

Fort mit Koch!

Einen halben Meter weiter rechts oder links, das ist hier die Frage

In der Brunnengasse in München liegt das Braune Haus. Das Gebäude ist der Sitz der Reichleitung der nationalsozialistischen Bewegung. Eigentümer ist die gesamte Partei, d. h. jedes einzelne Parteimitglied. Das Gebäude liegt in einem Grundstück, das nach vorne, links und rechts von dem Bau zur Straße hinreicht und mit einem eigenen Grundbesitz abgegrenzt ist. Vor dem Gebäude befindet sich ein freier Platz, auf dem eine Art Vorplatz, der zum Gehweg des Hauses gehört. Jeder Bürger, aberhaupt jeder Wähler des Hauses, hat also auf eigenem Grund und Boden. Jeder S.W.-Mann, der irgendeinen Plakat- oder Wandplakat verteilt, ist ein eingetragenes Mitglied des Vereins und damit Träger dieses Hauses. Er besitzt also sein Eigentum.

Manche meinen sich die Polizei heraus, dem Besitzer eines Hauses zu helfen, in welchem Hause er sich in seinem Haus bewegen darf und 2. wo er in seinem Haus und auf seinem Grund und Boden zu stehen hat. Das heißt aber, die Polizei hat das zum Samstag nicht verboten, daß in München ein Mensch sich heraus bewegt. Sie hat auch nicht verboten, daß dieser Mensch irgendwo auf der Straße stehen bleibt, aber sie verbietet ihm, daß er auf seinem eigenen Grund und Boden stehen bleibt. Der S.W.-Mann konnte sich z. B. am Samstag, wenn es ihm beliebt, eine Stunde und noch länger, auf einem Platz, der ihm nicht gehört, hinsetzen. Im Moment aber, in dem derselbe S.W.-Mann nun sein eigenes Haus betritt, auf dem Grund und Boden, darf er nun nicht mehr stehen bleiben. Oder er muß einen anderen Weg einschlagen. Das war am Samstag so. Die Polizei befiehlt die Polizeidirektion München, daß er am nächsten Montag oder Dienstag

umgekehrt wieder nur stehen bleiben darf auf seinem Grund, wenn er den anderen Weg eingeschlagen und diesen verlassen wieder eingezogen hat. Die Reichsleitung des Polizeipräsidenten der Landeshauptstadt München sollen wohl sein, jedenfalls aber sind für den großholländischen Staatsbürger.

Die Nationalsozialistische Partei läßt ihr Eigentum durch die eigenen Besitzer beschützen, d. h. durch ihre Mitglieder. Bisher hat es jeder in anderer Langsamkeit. Die Polizei bedeutet, daß ein Besitzer auf sein Eigentum aufpasst. Die Partei ist dies weiter, um einen Schritt zu gehen, der in ihrer Geschichtsbücherei erklärt ist und der keinen Menschen, einschließlich der verschiedenen Polizeigenossen, daher etwas angeht. Denn da wir in einer Republik leben, hat der Untertan noch nicht jegliche Eigenrechte gegenüber der Polizeidirektion verloren. Andernfalls könnte es ja morgen einer hilflosen Polizeidirektion auch einfallen, zu verlangen, daß die Staatsbürger sich nicht links, sondern rechts an den Tisch setzen, daß die Werten nicht beim Fenster, sondern bei der Tür stehen müssen und so ähnliche wichtige Vorschriften zur Aufrechterhaltung der Staatsordnung.

Der Polizeipräsident von München, Herr Koch, hat nun aneinander die Auffassung, daß den Nationalsozialisten eine Veranordnung ihres Haus- und Grundbesitzes an sich nicht zulässig sei. Dies ist die Auffassung, daß dies eben so wenig die Polizei angeht, wie dies eben so wenig die Polizei angeht. Er hat aber weiter die Auffassung, daß wenn jeder ein Nationalsozialist sein darf, dann muß er es auch nicht in dem Hause tun darf, den er als Parteigenosse trägt, sondern in einem Hause, den der Herr Polizeipräsident vorbestimmt. Bisher ist es nicht das allerdings nicht, d. h. alle: Der Herr Polizeipräsident läßt es ganz offen, welcher Weg nun

genehmigt ist, für den Nationalsozialist ein Hausrecht geltend zu machen, um welcher Weg verboten ist. Der Herr Polizeipräsident ist endlich noch der Ansicht, daß wenn der Nationalsozialist seinen Grund besitzt und schon stehen bleibt, er dann nicht dort stehen bleiben darf, wo er sich gerade hinsetzen möchte, sondern dort stehen zu bleiben hat, wo der Herr Polizeipräsident will. Der Herr Polizeipräsident aber will, daß der Mann nicht in der linken Türhälfte steht, weil die offen ist, sondern in der rechten, also 1/2 Meter weiter rechts. Das gilt aber nicht nur für die Wählerhälfte. Denn bei der Seitenhälfte will der Herr Polizeipräsident, daß der Mann, der als Eigentümer dort auf seinem Grund und Boden steht, wieder ein paar Meter weiter nach hinten zu stehen hat. Warum muß er auch schon gerade auf seinem eigenen Grund und Boden stehen? In der Stadt könnte er natürlich doch überall herumgehen. Aber es muß es nun der Herr Polizeipräsident nicht haben. Und er hat die Möglichkeit, seinen Willen durchzusetzen, denn woher hat er sonst die Polizei? Er hat nicht gerade hundert an schlagkräftigen Beweisen, wie umfangreich die Willensmacht dieses Mannes ist? Verhältnismäßig kann jeder wollen, aber das, was die anderen Willens übersteigt, nicht begehren, durchzusetzen, und zwar kraft eigenen Machtvermögens, das hat die Bedeutung einer solchen Einrichtung aber das dem gleichen Menschenverstand und Zusammenhang in die Kategorie der „Materialität“. So erprobt man am besten, ob der Untertan auch wirklich gewillt ist, erwidern seiner politischen Obrigkeit zu gegenüber.

Wille ergab in Veranordnung auf die Rotverordnung des Herrn Reichspräsidenten Generalfeldmarschalls von Hindenburg hinsichtlich die politische Heranbildung, daß der die Türe betretende Nationalsozialist in seinem Haus nicht links, sondern rechts zu stehen habe. Das Verbotnis wollte es, daß dieser Mann nun die Türe öffnen und hinein gehen sollte und daß er dann nicht mehr dort stand, wo er eigentlich in seinem Haus laut Rotverordnung hätte stehen müssen. Ein noch größeres Verbotnis wollte es, daß dieser Mann auf seinem Grund und Boden sich mit einem anderen, der ihn um Hausrecht hat, in ein Gespräch einzulassen und dabei um etwa 100 Zentimeter seinen Platz verschieben. Das größte Verbotnis aber war es, daß diese unvollständigen Verbotnisse von einem dementsprechenden, nichtgesetzlichen, keine Maßgebendheit erhaltenden Staatsbürger der Öffentlichkeit wurden, der zur Verhütung weiteren Unheils dann selbst eintritt in die Polizeidirektion runde mit der Meldung des Vorgeschriebenen.

Das ist der Ausgangspunkt.



Die Erstürmung des Braunen Hauses durch die Schupo

»Fort mit Koch«, Berichterstattung über Julius Koch im Völkischen Beobachter, 7.7.1931



Julius Koch, 1881 Hofheim – 1951 München
Seit 1907 war der Jurist im bayerischen Staatsdienst tätig. 1922 wurde er zum Regierungsrat der Münchner Polizeidirektion und 1929 zum Polizeipräsidenten ernannt. Während seiner Amtszeit überwachte die Polizei die Aktivitäten der NSDAP genau und schritt gegen Übergriffe ein. Wegen seiner unnachgiebigen Haltung wurde Koch zur Zielscheibe bösartiger Hetzkampagnen der NSDAP. Infolge der NS-Machtübernahme wurde Koch am 16. April 1933 entlassen. Nach Kriegsende kehrte er in den bayerischen Staatsdienst zurück.

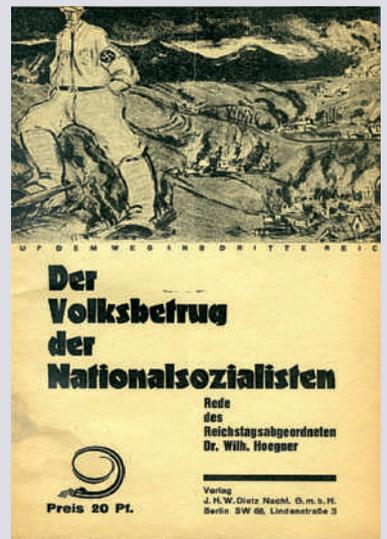


Aufmarsch einer Schutzformation der Eisernen Front in München, 12.2.1932, vorne l. mit erhobenen Fäusten: Wilhelm Hoegner, Thomas Wimmer

Zum Schutz der parlamentarischen Demokratie vor zunehmend republikfeindlichen Gewaltakten gründeten SPD, Zentrum, DDP und einige kleinere Parteien am 24.2.1924 eine überparteiliche Schutztruppe. Das paramilitärische Reichsbanner-Schwarz-Rot-Gold warb offensiv für die Weimarer Republik und schützte politische

Veranstaltungen vor Störungen. Als sich 1931 der Konflikt mit der rechtskonservativen Nationalen Opposition, insbesondere mit dem »Stahlhelm« und der SA, verschärfte, gründete die Reichsbannerführung mit der SPD, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und anderen Verbänden die Eiserner Front.

»Der Volksbetrug der Nationalsozialisten«, Abdruck der Rede des Reichstagsabgeordneten Wilhelm Hoegner, 1930





Demonstration der Eisernen Front am 3.7.1932 in der Gebtsattelstraße. Vorne in der Mitte der 2. Reihe mit erhobener Faust die Landtagsabgeordnete Rosa Aschenbrenner (SPD).



„Jetzt gilt's! Pakt zu!“, Extrablatt der Münchener Post vom 29.7.1932

Deutsches Volk erwache!

die Nationalsozialist. Deutsche „Arbeiter“-Partei
ihre Führer und ihre Geldgeber.

Offiziere:

General von Epp
General Eismann
General Prinz August Wilhelm von Preußen
General Liebert
Oberst Fromm
Oberst von Ulrich
Oberst Hiel
Oberleutnant Göh
Oberleutnant Kriebel
Major Buch
Major Dinklage
Major Schmidhuber
Kapitänleutnant von Klinger
Hauptmann Göring
Hauptmann Stennes
Hauptmann Pfeffer
Leutnant Heines

Prinzen, Junker usw.:

Erzprinzip Wilhelm von Preußen
Fürst von Thurn und Taxis
Prinz Arenberg
Herzog von Koburg
Prinz Christian von Schaumburg-Lippe
Graf Reventlow
Graf Kaizerling
Graf Zedlitz
Graf Häcker-Mustau
Graf Thiele-Winkler-Delesmitz
Graf Schaffgotsch-Warmbrunn
Freiherr von Butler, ostpreussischer Junker
Freiherr von der Goltz, „ „
G. von Heimendahl, „ „
D. von Gotberg, „ „
Rittergutsbesitzer Demisch
„ von Dourich
„ von Gorstwandt
„ von Wietersheim
von Rüdthofen-Boguslawitz
von Rüdthofen-Köhlhölze

Geldgeber:

Stobawerke, (franz. Kriegslieferung)	Geheimratier Hundhausen	Richard Weichlein
Wartigwerke	Richard Schneider	Geheimratier Brudmann
Geheimratier Kirdorff	„ von Duschwitz	Geheimrat Kuhnle, Eigentümer des
„ von Arzbaber	„ Ford	bayer. Jagdrevierverwaltendes
„ Mutschmann	„ Weder	Kommerzienrat Weibheim

Das ist nur eine unvollständige Zusammenstellung.

Mussolini

beurteilt die nationalsozialistische Bewegung folgendermaßen:

„Es genügt, die Namen der Führer der Nationalsozialistischen Bewegung, lauter Wüstenkrieger aus der wilhelminischen Zeit, die nicht wie in Italien die Wolfe des Volkes repräsentieren, das die Opfer des Krieges brachte. Es sind Vertreter der Mittlerklasse, die Generationen hindurch Deutschland mitregierte, es in die Katastrophe von Versailles führte und jetzt mit Hilfe einer nationalsozialistischen Bewegung, die ausschließlich ihren Interessen dient, versucht, den politischen Boden und die wirtschaftliche Macht wieder zu erlangen.“

Vorwarnung, ein verdienter Auftritt für den Verrat Hitlers an Südtirol!

Diese Charakterisierung demoralisiert das Sprichwort: „Verräter bedient man sich wohl, aber man verachtet sie auch!“

Wähler! Einer solchen Partei könnt ihr nie eure Stimme geben!

Sozialdemokratischer Verein München, Dr. K. Thomas Wimmer.

„Deutsches Volk erwache!“, Plakat der SPD, 1931

Junge Republikaner heraus!

Gibt den Patent-Helden vom Hakenkreuz auf ihr Treiben die richtige Antwort, reißt euch ein in die

**Jungmannschaft d. Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold
Bezirk Neuhausen**

Gegen Faschismus
Gegen die Partei der Ehrlose
Gegen die Partei verfallener Studienräte, Hochschulprofessoren, pensionierter Generale und Fememörder.

Für die freie, soziale Republik!

Junge Arbeiter, kommt in unsere Schutz-Sportabende!

Schutz-Sportabende jeden Mittwoch ab 8 Uhr in der Turnhalle der Gerner-Brauerei.

Aufruf zum Eintritt in die Jungmannschaft des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Neuhausen, 1932

Gesichter des anderen München

Der Kampf gegen die NSDAP zwischen 1925 und 1933 zog sich durch viele Bevölkerungsschichten und politische Gruppierungen. Eine besondere Rolle spielten dabei einzelne Persönlichkeiten, welche die tödliche Bedrohung der Freiheit und Rechtsstaatlichkeit durch die Nationalsozialisten klar erkannten.

Am konsequentesten trat die Arbeiterbewegung der Gefahr entgegen. Toni Pfülf, Wilhelm Hoegner und Thomas Wimmer (SPD) forderten nachdrücklich die Bekämpfung der Nationalsozialisten. Die sozialdemokratische Zeitung Münchener Post entwickelte sich ab Mitte der 1920er-Jahre zu einem wichtigen Medium im Kampf gegen die NSDAP. Führende Vertreter der bayerischen KPD wie die Reichstagsabgeordneten Franz Stenzer und Hans Beimler sowie die Landtagsabgeordnete Dora Hösl erhoben immer wieder vehement ihre Stimme gegen die Nationalsozialisten.

Die Pazifistinnen und Frauenrechtlerinnen Anita Augspurg und Lida Heymann sowie Ellen Ammann bemühten sich schon 1923 um die Ausweisung Hitlers und bezogen seitdem immer wieder Stellung gegen die NSDAP. Thomas Mann und andere Persönlichkeiten des Münchner Kulturlebens wie Karl Vossler engagierten sich gegen nationalistisches Gedankengut und bekämpften den Antisemitismus der Nationalsozialisten. Gegen Hitler engagierten sich in der Stadt auch einige Persönlichkeiten des bayerischen Katholizismus. Dazu gehörte Fritz Gerlich, der als Herausgeber der Wochenzeitung ›Der gerade Weg‹ zu einem kompromisslosen NS-Gegner wurde.

Viele dieser frühen Gegner wurden nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Konzentrationslager Dachau inhaftiert, einige, darunter Gerlich und Stenzer, wurden dort ermordet.



Thomas Mann, 1875 Lübeck – 1955 Zürich

Thomas Mann lebte seit 1894 in München und entfaltete hier bis 1933 eine vielfältige literarische Tätigkeit. Nach anfänglicher Ablehnung verteidigte er die Weimarer Republik immer engagierter gegen ihre Feinde. Die Verleihung des Nobelpreises 1929 gab seiner Stimme noch größeres Gewicht. Von einer Vortragsreise im Februar 1933 kehrte er nicht wieder nach München zurück und ging erst ins Schweizer, dann ins US-amerikanische Exil. In Deutschland wurde er in der Folgezeit massiv angefeindet, sein Haus beschlagnahmt und ihm die Staatsbürgerschaft aberkannt. Seit 1936 bezog er in zahlreichen Reden, Artikeln und Aufsätzen scharf gegen den Nationalsozialismus Stellung. Auch nach 1945 kommentierte er weiter die politische Entwicklung; seine ablehnende Haltung zur »Inneren Emigration« führte in Deutschland zu heftigen Kontroversen.

»Das Deutschland, das diesen Namen verdient, hat es satt, endgültig satt, sich tagaus, tagein durch Prahlerien und Drohungen der nationalsozialistischen Presse und durch das halbnärrische Geifern sogenannter Führer, die nach Köpfen, Hängen, Krähenfraß und Nächten der langen Messer schreien und all das, mit Recht, wenn es nach ihnen ginge, als unmittelbar bevorstehend verkünden, die Lebensluft im Vaterland vergiften zu lassen.«

Thomas Mann, Was wir verlangen müssen, [Appell an die Reichsregierung], in: Berliner Tageblatt vom 8.8.1932

»Werden die blutigen Schandtaten von Königsberg den Bewunderern der seelenvollen »Bewegung«, die sich Nationalsozialismus nennt, sogar den Pastoren, Professoren, Studierenden und Literaten, die ihr schwatzend nachlaufen, endlich die Augen öffnen über die wahre Natur dieser Volkskrankheit, dieses Mischmasches aus Hysterie und vermuffter Romantik, dessen Megaphon-Deutschum die Karikatur und Verpöbelung alles Deutschen ist?«

Thomas Mann, Was wir verlangen müssen, [Appell an die Reichsregierung], in: Berliner Tageblatt vom 8.8.1932



Antonie (Toni) Pfülf, 1877 Metz – 1933 München

Die Sozialdemokratin und Lehrerin in München wurde 1919 in die Verfassungsgebende Deutsche Nationalversammlung und 1920 in den Reichstag gewählt. Sie setzte sich insbesondere für die Gleichberechtigung von Frauen, die Förderung der Jugend und für die Abschaffung der Todesstrafe ein. Seit 1930 forderte sie öffentlich zum Kampf gegen den Nationalsozialismus auf. Nach dem Wahlerfolg der NSDAP bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 wurde sie vorübergehend verhaftet. Wieder in Freiheit bemühte sie sich um eine parlamentarische Widerstandsaktion der SPD. Verzweifelt über ihr Scheitern nahm sie sich am 8. Juni 1933 das Leben.

»Die Nationalsozialisten bezeichnete die Referentin als Maulhelden [...].«

»[...] erteilte der Versammlungsleiter der Referentin das Schlusswort. In diesem forderte dieselbe die proletarische Arbeiterschaft zum schärfsten Kampf gegen den Nationalsozialismus auf.«

»Die ganze Rede der Referentin war eine Kampfansage an den Nationalsozialismus.«

Polizeiberichte über Wahlversammlungen der SPD mit Toni Pfülf am 11.9.1930 und am 22.1.1932 in Weiden



Plakat der SPD zur Reichstagswahl am 5. März 1933



Thomas Wimmer, 1887 Sigfing/
Erding – 1964 München

Der gelernte Schreiner war schon vor dem Ersten Weltkrieg gewerkschaftlich engagiert, 1919 wirkte er als Vorsitzender der MSPD und 1924–1933 als Stadtratsmitglied der SPD in München. Seit 1925 bezog er immer wieder nachdrücklich gegen die NSDAP Stellung. Am 10. März 1933 nahmen ihn die Nationalsozialisten in ›Schutzhaft‹ und verboten ihm am 17. Juni 1933 seine Stadtratstätigkeit. Während der NS-Zeit wurde er noch mehrfach inhaftiert. Als Landtagsabgeordneter (1946–1958) und Oberbürgermeister von München (1948–1960) zählte er zu den herausragenden Politikern des demokratischen Wiederaufbaus in Bayern.

»Wir sind nach dem Putsch von 1923 in die glückliche Lage gekommen, den Verfassungsentwurf für das ›Dritte Reich‹ der Öffentlichkeit nicht mehr vorenthalten zu brauchen [...], weil zum Schluß auch ausgeführt wird, was Frick selbst über die Diktatur sagt: genau so wie Mussolini in Italien die Marxisten ausgerottet hat, muß es auch bei uns durch Diktatur und Terror erreicht werden, und weil diese Tatsachen feststehen, darum arbeiten wir darauf hin, sie nicht zur Staatsmacht kommen zu lassen [...].«

Thomas Wimmer in einer Sitzung des Stadtrates vom 28.4.1931, Münchener Gemeindezeitung vom 9.5.1931



Viktoria (Dora) Hösl, 1902
München – 1953 München

Dora Hösl wuchs ärmlich als Kostkind in der Oberpfalz auf. Nach der Geburt ihres Sohnes zog sie 1923 nach München. Sie arbeitete als Tabakdreherin in der Zigarettenfabrik Austria und wurde dort Betriebsrätin. Für die KPD zog sie 1932 in den Bayerischen Landtag ein. Die Nationalsozialisten verhafteten die ›rote Dora‹ am 10. März 1933 und inhaftierten sie im Gefängnis Stadelheim und im KZ Moringen (1936/37). Zurück in München stand sie unter Polizeiaufsicht. 1942 wurde sie erneut verhaftet und wegen Abhörens von Feindsendern zu drei Jahren Haft verurteilt. Nach Kriegsende lebte sie zurückgezogen in München.



Franz Stenzer, 1900 Planegg –
1933 KZ Dachau

Der Reichsbahnarbeiter Franz Stenzer trat 1920 in die KPD ein und wurde vier Jahre später in die Bezirksleitung Südbayern berufen. 1929 wurde er Kandidat des Zentralkomitees (ZK) der KPD und war in München seit Ende 1930 Chefredakteur der ›Neuen Zeitung‹. 1932 erfolgte seine Wahl zum ZK-Instrukteur und zum Abgeordneten der KPD im Reichstag. In allen Funktionen engagierte er sich intensiv gegen den Nationalsozialismus. Ende Mai 1933 wurde er verhaftet und in das KZ Dachau gebracht. Dort misshandelten ihn SS-Angehörige schwer und ermordeten ihn.



Plakat der SPD zur bayerischen Landtagswahl, April 1932



Plakat der KPD ›Abrechnung mit dem Faschismus‹, 21./22.4.1932



›Nieder mit den Faschisten‹, Plakat der KPD Giesing, um 1930



Plakat für eine Veranstaltung der Internationalen Frauenliga zur Weltabrüstung, 13.1.1932



Lida Gustava Heymann, 1868 Hamburg – 1943 Zürich
 Mit ihrer Lebensgefährtin Anita Augspurg kämpfte Lida Gustava Heymann für Frauenrechte und Frieden. Seit 1919 war sie Vizepräsidentin der ›Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit‹ (IFFF) und Mitherausgeberin der Zeitschrift ›Die Frau im Staat‹, die offen vor den Nationalsozialisten warnte. Die Versammlungen der IFFF wurden daraufhin gewaltsam gestört. 1923 forderten Heymann, Augspurg und Ellen Ammann erfolglos die Ausweisung Hitlers. Die letzte Friedenskundgebung der IFFF fand im Januar 1933 in München statt. Heymann befand sich Ende dieses Monats außer Landes und kehrte nicht mehr nach Deutschland zurück.

»Internationale und nationale Politiker, sowie internationale und nationale Presse maßten dieser ungeistigen Gewaltbewegung eine Wichtigkeit bei, die jeder Grundlage entbehrt, nur dadurch war es möglich, dass der Nationalsozialismus solchen Umfang, solche Bedeutung in Deutschland erreichen konnte, wie er heute hat. Jetzt hilft keine Reserve, kein Totschweigen, kein Übergehen mehr. Jetzt heißt es, sich mit ihm kritisch auseinandersetzen und das ist besonders für Frauen von besonderer Wichtigkeit, denn im Dritten Reich werden die Frauen wieder wie zu Wilhelms Zeiten auf die drei K's: Kinder, Küche, Kirche, verwiesen, zu Gebärmaschinen und zur Dienstmagd des Mannes erniedrigt.«
 Lida Gustava Heymann in der Zeitschrift ›Die Frau im Staat‹, März 1931

»Das rüpelhafte Verhalten der 107 Abgeordneten im Reichstag, das Vorgehen der Nationalsozialisten beim Remarque-Film, ihre Stellung zur Rassenfrage, die jeder Rechtfertigung und geschichtlichen Kenntnis entbehrt, die andauernden Schlägereien der Nazi-Jünger mit Andersdenkenden, ihre Mordtaten, das Hetzen und Lügen in der Presse und tausend andere Dinge mehr, öffnen dem Wähler vom September 1930 allmählich die Augen. Aber soll die Gefahr gebannt werden, bleibt noch unendlich viel zu tun übrig.«
 Lida Gustava Heymann in der Zeitschrift ›Die Frau im Staat‹, März 1931



»Der Gerade Weg« vom 24.4.1932



Fritz Gerlich, 1883 Stettin – 1934 KZ Dachau

Der konservativ-katholische Journalist und Archivar Fritz Gerlich bekämpfte nach dem Ersten Weltkrieg in den Süddeutschen Monatsheften und seit 1920 als Chefredakteur der Münchner Neuesten Nachrichten Marxismus und Bolschewismus. Mit dem Hitler-Putsch zum vollzog Gerlich eine Wende zum erklärten Gegner der NSDAP. In der Wochenzeitung Illustrierter Sonntag, seit 1932 »Der gerade Weg«, veröffentlichte er seit 1930 peinliche Details über die kriminellen Machenschaften der NS-Elite. Am 9. März 1933 misshandelten ihn SA-Männer und er kam in »Schutzhaft«; vier Tage später wurde »Der gerade Weg« verboten. Am 30. Juni 1934 wurde Gerlich im KZ Dachau erschossen.

»Nationalsozialismus heißt: Lüge, Hass, Brudermord und grenzenlose Not. Adolf Hitler verkündigt das Recht der Lüge.«
Fritz Gerlich in »Der gerade Weg« vom 31.7.1932



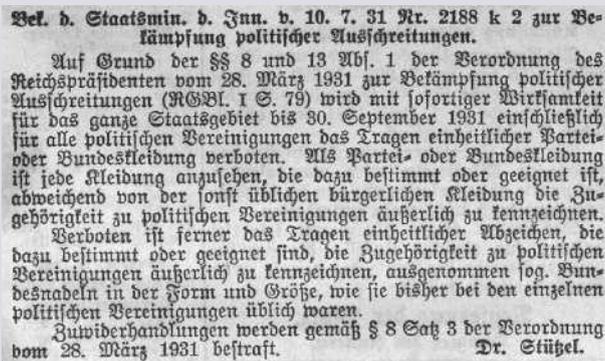
Karl Stützel, 1872 Speyer – 1944 München

Der Jurist wurde in München promoviert, trat nach Kriegsende in die Bayerische Volkspartei (BVP) ein und übernahm eine Stelle im bayerischen Innenministerium. 1920 wurde er Ministerialrat, 1924 Innenminister der Regierung Held. Er verfolgte einen konsequenten Kurs gegen den Aufstieg der NSDAP. Er verhinderte 1925 Hitlers Einbürgerung und erließ 1930 ein SA- sowie 1932 ein SA- und SS-Verbot. Zweimal ordnete er die Durchsuchung des »Braunen Hauses« an. Am

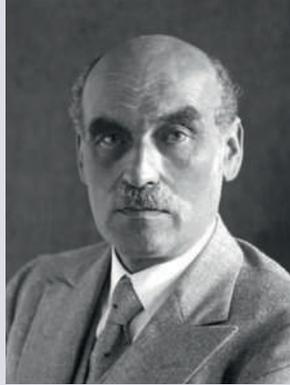
9. März 1933 enthoben die Nationalsozialisten ihn seines Amtes, verschleppten ihn in der Nacht gewaltsam aus seiner Wohnung in das »Braune Haus« und misshandelten ihn schwer. Danach lebte er zurückgezogen in München.

»Im übrigen stimme ich darin mit Ihnen durchaus überein, daß die wenig schneidige, vielleicht schlappe Haltung mancher Polizeibeamten und Behörden im Kampfe gegen die Nationalsozialisten überaus beklagenswert ist. [...] Kann man sich wundern, wenn ein kleiner Gendarmeriebeamter draußen trotz guten Geistes in seinem Auftreten gelähmt und gehemmt wird, wenn er sieht, daß Staatsanwälte, höhere Richterbeamte, Beamte des Forstdienstes, Lehrer, Professoren usw. in der schärfsten Weise als Nationalsozialisten sich betätigen, ohne daß ihnen von oben herunter ein Haar gekrümmt wird???»

Karl Stützel in einem Schreiben an Geheimrat Heim, 18.12.1931



Von Karl Stützel gezeichnete Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Inneren zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen, 10.7.1931



Karl Vossler, 1872 Hohenheim – 1949 München

Karl Vossler, seit 1911 Professor für Romanistik an der Universität München und 1926/27 deren Rektor, sprach sich früh gegen Nationalsozialismus und Antisemitismus aus und trat für die Weimarer Republik ein. Bei einer Feier ließ er 1926 an den Gebäuden der Universität die Fahnen der Republik aufziehen und setzte sich, erfolglos, für die Teilnahme auch jüdischer Studentenverbindungen ein. Bei der Reichsgründungsfeier im Januar 1927 wandte sich Vossler gegen die völkischen und nationalsozialistischen Phrasen und Mythen und nannte ein Bekenntnis der Universitäten zur Republik eine Notwendigkeit. Wegen »politischer Unzuverlässigkeit« wurde er zum 1.10.1937 von seinem Amt als Ordinarius enthoben. Von März bis August 1946 wirkte Vossler erneut als Rektor am Wiederaufbau der Universität mit.

«Wenn die akademische Jugend fortfährt, sich trennend und abschließend mit Parteiprogrammen des Klassen- und Rassenhasses, mit Hakenkreuzen und ähnlichem Stacheldraht zu umgeben, wird sie ihre menschliche Bildung schwerlich fördern».

Karl Vossler, Die Universität als Bildungsstätte, Vortrag im Deutschen Studentenbund in München am 15. 12. 1922

»Kommilitonen! Sie haben in den letzten Jahren viel getan, um den Alkoholismus aus dem studentischen Leben zu entfernen; aber seit einigen Jahren laufen Sie Gefahr, sich an politischen Phrasen und Mythen geistig zu betrinken. Wenn die akademische Jugend es nicht vermag, sich nüchtern zu halten, so sehe ich der Zukunft des Reiches, dessen Gründung wir heute feiern, mit Besorgnis entgegen.»

Karl Vossler, Politik und Geistesleben. Rede zur Reichsgründungsfeier im Januar 1927, München 1927

»Für mich als Nichtjuden hat die Judenfrage nur diese eine Beunruhigung: wie werden wir die Schande des Antisemitismus los?»

Karl Vossler in den Abwehr-Blättern, Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, Mai 1930

Machteroberung in München



Hitler in München anlässlich des Gründungsjubiläums der NSDAP, 24.2.1933

Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 und die Reichstagswahl am 5. März 1933 konnten die Machtverhältnisse in Bayern und München zunächst nicht ändern. Die Stimmenanteile der NSDAP in München übertrafen mit 37,8 Prozent zwar alle Wahlen zuvor, lagen aber deutlich unter dem Reichsdurchschnitt mit 43,9 Prozent. Die maßgeblich von der BVP getragene Landesregierung wandte sich energisch gegen alle Versuche, Bayern vom Reich aus »gleichzuschalten« und versuchte, die Eigenstaatlichkeit Bayerns zu verteidigen.

Die Aufhebung elementarer Grundrechte nach dem Brand des Reichstags durch eine Verordnung am 28. Februar 1933 schuf eine entscheidende Voraussetzung für den nun folgenden nationalsozialistischen Umsturz in München. Am 9. März lösten zusammengezogene SA-Einheiten Tumulte aus; Nationalsozialisten hissten

die Hakenkreuzflagge über dem Rathaus. Diese Ereignisse bildeten den Vorwand für die von Hitler dominierte Reichsregierung, den NSDAP-Reichstagsabgeordneten Franz Ritter von Epp als Reichskommissar für Bayern einzusetzen. Epp, der 1919 an der Niederschlagung der Räterepublik mitgewirkt hatte, sollte für »Ruhe und Ordnung« sorgen. Bis Mitte März 1933 gelang es ihm, die amtierende bayerische Landesregierung mit Einschüchterung und Gewaltakten aus dem Amt zu verdrängen. Der Münchner Oberbürgermeister Karl Scharnagl (BVP) trat nach massiven Drohungen des Gauleiters und kommissarischen bayerischen Innenministers Adolf Wagner am 20. März zurück. Am 22. März 1933 wurde das KZ Dachau eröffnet. Es wurde zum Ort des Schreckens und der ständigen Bedrohung.



Karl Fiehler, 1895 Braunschweig – 1969 Dießen am Ammersee
Kaufmännische Ausbildung; seit 1918 Mitarbeiter der Münchner Stadtverwaltung; 1920 NSDAP-Eintritt; 1923 Angehöriger des ›Stoßtrupp Hitler‹; Teilnehmer

am Hitler-Putsch und anschließende Haft mit Hitler in Landsberg; 1925–1933 ehrenamtlicher Stadtrat und Fraktionsvorsitzender der NSDAP; nach der Machtübernahme in München Oberbürgermeister bis April 1945; seit 1935 Reichsleiter der NSDAP; Vorreiter in der kommunalen NS-Verfolgungspolitik; nach Kriegsende dreieinhalbjährige Internierungshaft; im Entnazifizierungsverfahren 1949 zu zwei Jahren Arbeitslager verurteilt; die Strafe war durch die Haft bereits abgegolten; bis zu seiner Pensionierung als Buchhalter tätig.



Hakenkreuzfahne am Münchner Rathaus, 9.3.1933



Ministerpräsident Heinrich Held am Eingang des von der SA besetzten Sitzes der Bayerischen Regierung, Montgelas-Palais, 9.3.1933

Heinrich Held, 1868 Erbach/Taunus – 1938 Regensburg

Seit 1899 als Journalist und Verleger in Regensburg und im christlichen Gewerkschaftswesen engagiert. Seit 1907 war er Landtagsabgeordneter und seit 1914 Landesvorsitzender der Zentrumspartei. 1918 gehörte er zu den Gründern der Bayerischen Volkspartei (BVP). Als Ministerpräsident 1924–1933 gelang ihm die Stabilisierung der politischen Verhältnisse Bayerns durch einen ausgleichenden Kurs gegenüber der Reichs-

regierung. Die Gefahr der NSDAP unterschätzte er. Nach seiner Entmachtung am 9. März 1933 durch die Nationalsozialisten zog er sich aus der Politik zurück.

»Abends zu Hitler. Dort wird beschlossen, daß morgen Bayern an die Reihe kommt. Heinrich Held wird kein Held sein.«

Joseph Goebbels in seinen Tagebüchern, 9.3.1933



Propagandaaufnahme eines Gefangenenappells im KZ Dachau, 28.6.1938

Der Umgang mit der »zerlumpten Vergangenheit« Münchens

Winfried Nerdinger

Als am Nachmittag des 30. April 1945 amerikanische Soldaten der 42. Rainbow Division das Rathaus am Münchner Marienplatz erreichten, war die NS-Zeit der »Hauptstadt der Bewegung« beendet, und es begann die Auseinandersetzung mit der, nach Thomas Mann, »zerlumpten Vergangenheit«¹ der Stadt. Die wechselvolle Geschichte dieser »Vergangenheitsbewältigung«² führte schließlich zu dem 70 Jahre nach Kriegsende eröffneten NS-Dokumentationszentrum München, das als Erinnerungs- und Lernort auf dem Gelände des »Braunen Hauses« im Zentrum des ehemaligen NSDAP-Parteiviertels am Königsplatz errichtet wurde.

Die Beseitigung des Nationalsozialismus und Militarismus sowie die »Reeducation« und Demokratisierung der Deutschen waren Kriegsziele der Amerikaner, die nun umgehend und rigoros in die Wege geleitet wurden.³ Die Sieger selbst führten, wie Sieger zu allen Zeiten, einen demonstrativ souveränen Umgang mit dem Erbe der Besiegten vor. Beispielhaft dafür ist die Aufnahme der US-Fotografin Lee Miller, die sich im Mai 1945 von einem Kollegen in Hitlers Wohnung am Prinzregentenplatz fotografieren ließ, und zwar in dessen Badewanne mit einem Hitlerbild auf dem Wannenrand, um durch die Inbesitznahme der Privatsphäre den Sieg über den ehemals so mächtigen »Führer« vollends auszukosten.⁴ Die US-Truppen belegten die Wehrmachts- und SS-Kasernen und ließen Häuser und Siedlungen, darunter die 1934 errichtete NS-Mustersiedlung in Ramersdorf, für ihre eigenen Wohnzwecke räumen. Den Bürgerbräukeller, Ausgangspunkt des Hitler-Putsches und der rituellen Feiern des 9. November, nutzten sie als Red Cross Club, den Königsplatz als Baseballfeld, im »Haus der Deutschen Kunst«

wurde ein Offizierscasino eingerichtet, im Luftgaukommando ein PX-Laden, »Führerbau« und Verwaltungsbau dienten als Sammelstelle der NS-Raubkunst. Als Sitz der Militärregierung wählten die US-Streitkräfte die NS-Reichszeugmeisterei an der Tegernseer Landstraße, die bei den Münchnern bald den Beinamen »Bücklingsallee« erhielt, denn wer etwas genehmigt haben wollte, musste den Bittgang über diese Straße antreten und bei den Siegern anklopfen.

Eine umfassende Kontrolle und »Säuberung« bestimmten das öffentliche Leben in den folgenden Monaten. In sämtlichen Behörden und Dienststellen wurden Parteigenossen entfernt und durch Personen ersetzt, die aufgrund ihrer nachgewiesenen oder vermuteten Gegnerschaft zum Nationalsozialismus als vertrauenswürdig erschienen. So erhielt der 1933 aus dem Amt gedrängte Oberbürgermeister Karl Scharnagl, der 1944 kurzzeitig im KZ Dachau inhaftiert gewesen war, im Mai 1945 wieder sein Amt zurück. Bereits im Juni 1945 wurden Listen der aus dem städtischen Dienst Entlassenen plakatiert und im Rundfunk verlesen, um den eingeleiteten Erneuerungsprozess öffentlich zu demonstrieren. Insgesamt kam es bis Anfang 1947 zur Entfernung von über 4200 Personen aus der Verwaltung der Stadt. Auch Justiz, Schulen und Hochschulen wurden von NSDAP-Mitgliedern »gesäubert«. An der Ludwig-Maximilians-Universität gingen bis Ende 1946 rund 80 Prozent der Hochschullehrer in (vorläufige) Zwangspension,⁵ an der Technischen Hochschule 73 von 119,⁶ an der Akademie der bildenden Künste vier von zwölf Professoren.⁷ Als öffentlich sichtbare Sühnemaßnahme mussten ehemals hochrangige Parteigenossen Trümmer räumen und Straßen kehren.

Die Säuberung bezog sich nicht nur auf Personen, sondern auch auf Symbole, Namen und Zeichen des Nationalsozialismus, die aus dem öffentlichen Raum beseitigt werden mussten. Den Anfang machten Münchner Bürger, die schon in den ersten Junitagen 1945 das NS-Ehrenmal von der Feldherrnhalle herunterstürzten. In einem Akt ritueller Dekontamination und ›Wandlung‹ wurden die Zinnsärge der sogenannten Blutzügen aus den ›Ehrentempeln‹ entfernt, eingeschmolzen und das Material für die Ausbesserung von Straßenbahnschienen verwendet. Die Lettern, mit denen Hitlers ›Mein Kampf‹ gedruckt worden war, wurden am 6. Oktober 1945 zum Druck der ersten Ausgabe der Süddeutschen Zeitung symbolisch umgeschmolzen. Einige NS-Zeichen wurden allerdings nicht aus den Baudekorationen herausgelöst und sind deshalb noch heute zu sehen.⁸

Diese ersten Sühnemaßnahmen und öffentlichen Zeichen einer Abkehr vom Nationalsozialismus gingen mit Ehrungen von Gegnern des Regimes einher. Bereits im November 1945 fand eine Gedenkveranstaltung mit Romano Guardini für die Mitglieder der Weißen Rose statt, und im November 1946 hielt Karl Vossler, erster Rektor der Universität nach dem Krieg, anlässlich der Einweihung einer Gedenktafel für die Widerstandsgruppe eine Rede auf »unsere sieben Kameraden«, deren Gesinnung er als Vorbild für die Studenten herausstellte.⁹ Damit begann in München allerdings auch eine Konzentration auf den studentischen Widerstand, die lange Zeit eine Ausblendung anderer Gruppierungen begünstigte.

Schon früh zeigten sich gegenüber der anfangs rigiden Entnazifizierungspolitik der US-Behörden Abwehrhaltungen, die in der Münchner Stadt- sowie der bayerischen Landespolitik bald immer stärker wurden. Eine wichtige Rolle bei dieser Entwicklung spielte Karl Scharnagl, der im August 1945 die Gründung der CSU als Sammelbecken aller christlich-konservativ Gesinnten mitinitiierte. Am 9. August akzeptierte der Stadtrat unter Scharnagls Leitung eine Planung zum Wiederaufbau, die Stadtbaurat Karl Meitinger vorgelegt hatte. Sie stand zwar unter dem Titel ›Das Neue München‹, zielte aber darauf ab, die zu zwei Dritteln zerstörte Altstadt weitgehend in der ursprünglichen Struktur wiederherzustellen. Was als Wunsch deklariert wurde, dass »wir in einigen Jahrzehnten unser liebes München wieder haben, wie es war«,¹⁰

sollte zum einen zur Abwehr der Moderne in der Innenstadt dienen, zum anderen war es Ausdruck einer restaurativen Haltung, die mit einer Wiederherstellung des Vorkriegszustands die eigene Schuld an der Zerstörung verdrängte. Der ›Meitinger-Plan‹ war grundlegend für die Münchner Stadtplanung der nächsten Jahrzehnte.

Schon bei einer Trauerfeier am 1. November 1945 vermengte Scharnagl die ›Opfer des Krieges‹ mit den ›Opfern des Nationalsozialismus‹ und beförderte damit den bald notorischen Konsens, dass sich nahezu alle Deutschen als ›Opfer‹ fühlten und sich somit den eigentlichen Opfern des NS-Regimes gleichstellten.¹¹ Die am 10. März 1946 von Scharnagl im Stadtrat verkündete Schaffung eines ›Platzes der Opfer des Nationalsozialismus‹ schräg gegenüber der ehemaligen Gestapo-Zentrale verfestigte diese Haltung. Dieser zentrale Ort des öffentlichen Gedenkens an die NS-Zeit, dem aber nur eine Art Verkehrsinsel zugewiesen wurde, versinnbildlichte in den folgenden Jahrzehnten die kontinuierliche Verweigerung einer Auseinandersetzung mit der eigenen Schuld sowie mit der Geschichte und den gesellschaftlichen Hintergründen der ›Hauptstadt der Bewegung‹.¹² Dem Auschwitz-Häftling Primo Levi schlug diese Haltung schon im Oktober 1945 entgegen: »Während ich durch Münchens trümmerübersäte Straßen irrte, [...] war es mir, als bewege ich mich unter einer Schar zahlungsunfähiger Schuldner, als sei jeder einzelne mir etwas schuldig und weigere sich, es zu bezahlen.«¹³

Die Probleme bei der Entnazifizierung zeichneten sich frühzeitig ab. Um den Grad ihrer Mitwirkung am NS-Regime festzustellen, mussten alle erwachsenen Deutschen einen Fragebogen ausfüllen. Diese Aktion zur Erfassung der gesamten Bevölkerung ging 1946 in deutsche Hände über. Während die Alliierten in den Nürnberger Prozessen die Schuld der Täter exemplarisch juristisch aufarbeiteten, ließ der Wille zur Entnazifizierung bei den jetzt mit ihr befassten deutschen Spruchkammern schon bald rapide nach. An die Stelle einer Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen und der eigenen Verstrickung traten zunehmend Verdrängungen sowie Mechanismen der Schuldabwehr: »Schuld- und Schamgefühle [wurden] am eigenen Leiden abgearbeitet.«¹⁴ Dieser Blick auf die angebliche eigene Opferrolle immunisierte die ehemaligen ›Volksgenossen‹ gegen das unendliche Leid der Ausgrenzten und Verfolgten und verengte gleichzeitig den

Blick auf eine kleine Gruppe von Tätern.¹⁵ Die bayerischen Bischöfe bestärkten diese Haltung bereits im April 1946 mit einem Hirtenbrief, in dem die wenigen »Mordgesellen Hitlers und Himmlers« von dem »Riesenheer unschuldiger Menschen« abgegrenzt wurden.¹⁶

Zu diesem Verdrängen der Mitverantwortung der ›Volks-genossen‹ gehört die Tilgung von Erinnerungsspuren im öffentlichen Raum. So sollten die beiden ›Ehrentempel‹, die zentralen Orte des NS-Kults am Königsplatz, auf Vorschlag von Kardinal Faulhaber in eine katholische und eine evangelische Kapelle umgewandelt werden, also ausgerechnet in Orte jener Einrichtungen, die sich während der NS-Zeit nie öffentlich vom Regime distanziert und ihre Mitglieder nicht beim Widerstand unterstützt hatten.¹⁷ Als die Tempelaufbauten auf Drängen der US-Behörden im Januar 1947 gesprengt wurden, erließ das bayerische Kultusministerium eine Anordnung, dass kein »ruinenhafter Zustand« geschaffen werden solle, sondern es sei eine »definitive Form [...] anzustreben, die dem Beschauer weder über die Tatsache der Veränderung noch über die Art der Veränderung etwas sagt.«¹⁸ Dies führte dazu, dass die Sockel zuerst von einem Holzzaun verdeckt, dann begrünt wurden und schließlich unter der Vegetation verschwanden. Die Haltung des ›Gras-darüber-wachsen-Lassens‹ bestimmte das Bewusstsein einer Mehrheit der Bürger, und diese Verdrängung konnte jahrzehntelang an den überwucherten Sockeln direkt abgelesen werden.

Als im März 1947 mit der Verkündung der Truman-Doktrin der Kalte Krieg einsetzte und aus den Besiegten in Westdeutschland allmählich Verbündete der westlichen Alliierten in ihrem Kampf gegen Kommunismus und Bolschewismus wurden, kam es zu einer gravierenden Verschiebung bei der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit. Die juristische Aufarbeitung verlor schnell an Intensität, die Spruchkammern verwandelten sich in ›Mittäuferfabriken‹, in denen die Masse der ehemaligen Volks-genossen entschuldigt wurde.¹⁹ Es begann die Rückkehr von Verwaltungsbeamten, Polizisten und Juristen in den öffentlichen Dienst, und schon Ende 1947 war beispielsweise ein großer Teil der entlassenen Professoren wieder an der Münchner Universität tätig.²⁰ Kritik von Intellektuellen in den Zeitschriften ›Der Ruf‹ und ›Ende und Anfang‹ an der Politik einer reduzierten ›Vergangenheitsbewältigung‹ wurde von den US-Behörden abgewürgt.²¹

Der Antikommunismus lieferte Entlastung: Vom Antibolschewismus der NS-Zeit wurde der Antisemitismus abgespalten, und schon reihten sich die Mitwirkenden am Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion in die Reihen der Kämpfer für eine freie westliche Welt ein.²² Im Zeichen des Antikommunismus konnte die eigene NS-Vergangenheit in einen Kampf gegen Materialismus und Entchristlichung umgedeutet werden, indem an die Stelle der deutschen ›Volksgemeinschaft‹ die Tradition eines christlichen Abendlandes als Bollwerk gegen ›östliche Unkultur‹ gesetzt wurde.²³ So schrieb der Kunsthistoriker Hans Jantzen, der sich den Nationalsozialisten angedient hatte, im Geleitwort zur ersten Nummer der Münchner Zeitschrift ›Geistige Welt‹ im April 1946: »Aus Trümmern und Ruinen an einer Pforte zu bauen, die den Gedanken an jenes geistige Gebilde, das wir als Abendland mit allen seinen hohen Werten verehren, hindurchretten hilft, wird die neue Zeitschrift versuchen.«²⁴ Das »Geraune vom Abendland wurde zum politischen und ideologischen Surrogat für das verlorene Reich«²⁵ und bildete in den folgenden Jahren eine Art Basso continuo, der insbesondere in Bayern half, die Fragen nach Schuld und Scham zu übertönen und zu verdrängen.²⁶

Der Nestor der deutschen Geschichtswissenschaft, Friedrich Meinecke, gab schon 1946 die Argumentationsrichtung vor.²⁷ ›Die deutsche Katastrophe‹ erklärte er als Folge von Aufklärung, Rationalisierung und Entchristlichung. Den Nationalsozialismus sah er als Sündenfall einer von den Werten der Goethe-Zeit abgefallenen Gesellschaft. Die NS-Zeit ließ sich in die Geschichte der modernen Zivilisation einreihen, und gleichzeitig wurden die Verbrechen der Deutschen nivelliert. In der Schrift ›Kreuz und Hakenkreuz‹²⁸ des späteren Münchner Weihbischofs Johannes Neuhäusler wurde die katholische Kirche gar schon im März 1946 als Ort des Widerstands gegen den Nationalsozialismus präsentiert. Ähnlich erklärte der Münchner Oberbürgermeister Scharnagl im Januar 1947, dass »gerade die Zersetzung und Zerstörung der gesunden, auf der geschichtlichen Entwicklung ruhenden Kräfte unseres Volkes«²⁹ durch die Moderne der Grund für das Aufkommen des Nationalsozialismus gewesen seien. Dieses Denkschema diente wiederum Rudolf Pfister, Schriftleiter der Münchner Architekturzeitschrift ›Baumeister‹, dazu, jede Form von moderner Architektur in

München zu bekämpfen und NS-Architekten wie Paul Schmitthenner und Paul Bonatz als Wahrer der Tradition zu verteidigen.³⁰

Der Rückzug auf christliche Traditionen fand eine starke Stütze in dem erzreaktionären bayerischen Minister für Unterricht und Kultus, Alois Hundhammer. Dieser brachte es mithilfe der regierenden CSU fertig, bereits 1947 die Prügelstrafe an bayerischen Schulen wieder einzuführen und die Einheitsschule für alle Konfessionen zu verhindern.³¹ Damit wurde der erklärte Wille der US-Behörden untergraben, durch ein neues demokratisches Schulsystem die autoritäre Erziehung abzuschaffen, die ihrer Meinung nach das NS-Unrechtssystem hervorgebracht und entscheidend gestützt hatte. Genau das, was Theodor W. Adorno später als Grundlage für eine »Erziehung nach Auschwitz« und einer »Aufarbeitung der Vergangenheit« forderte, nämlich die Veränderung der gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen, die Auschwitz erst möglich gemacht hatten, wurde somit konterkariert.³² 1948 verbot Hundhammer die weitere Aufführung von Werner Egks Ballett »Abraxas« im Prinzregententheater, da es nach seiner Auffassung »sittlichen Schaden« beim Betrachter verursachte.³³ Obwohl Hundhammer selbst während der NS-Zeit verfolgt worden war, demonstrierte diese Zensurmaßnahme, dass für ihn die christlich-patriarchalische Ethik wichtiger war als eine demokratisch fundierte Pluralität, die sich mit kritischer Aufklärung, nicht zuletzt über die NS-Zeit, verbinden konnte.

Die restaurative Kulturpolitik des Ministeriums ist ebenso erschreckend wie deutlich in einer Erklärung von 1949 zur Münchner Akademie der Bildenden Künste ablesbar: »Auch das sogenannte Dritte Reich mit seiner Diktatur in kulturellen Dingen konnte der Münchner Akademie wenig anhaben, und von einigen Ausnahmen abgesehen wurde sie personalpolitisch in Ruhe gelassen. Die furchtbaren Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs mit den schlimmen Folgen für Kunst und Kultur, die Überfremdung unserer Heimat mit Volk aus aller Welt mögen wohl vorübergehend auf die kulturelle Gesamthaltung beeinträchtigend wirken. Die Akademie sieht aber auch unter der jetzigen Staatsform in dem überkommenen Erbe aus fürstlicher und königlicher Zeit eine klare Verpflichtung, unbeeinflusst von dem Streit der Richtungen und Meinungen nur der reinen Kunst zu dienen und unter

strenger Auslese der Begabung, Künstler zu erziehen und die Künste in eine bessere Zeit hinüberzuretten.«³⁴ Die Beschwörung der feudalen Vergangenheit und einer angeblich reinen Kunst sollte verdecken, dass die Münchner Akademie in der NS-Zeit als Wirkungsstätte von Hitlers Lieblingsmaler Adolf Ziegler, dem Organisator der Ausstellung »Entartete Kunst« und Präsidenten der Reichskammer der bildenden Künste, das Zentrum der »Hauptstadt der Deutschen Kunst« gebildet hatte und dass dort auch vier Jahre nach Kriegsende die Moderne weiterhin verpönt war.³⁵ NS-Künstler wie Richard Knecht und Josef Wackerle konnten deshalb schon 1949 beziehungsweise 1951 Ehrenmitglieder werden. Eine Auseinandersetzung mit der NS-Zeit fand erst Ende der 1960er-Jahre statt, als die Studenten gegen Hermann Kaspar protestierten, den Ausstatter von Hitler Reichskanzlei, der seit 1938, nur mit einer kurzen Unterbrechung 1946, ungestört unterrichtet hatte.³⁶

1948 wurde vom Ministerium eine Bayerische Akademie der Schönen Künste eingerichtet, die als oberste Pflegestelle der Künste wirken sollte. Thomas Mann sprach verächtlich von einer »Gründung des gegenwärtigen pfäffisch-reaktionären Kultusministeriums, das die Prügelstrafe wieder eingeführt hat«.³⁷ Anstatt die von den Nationalsozialisten verfolgte Moderne zu rehabilitieren und zu fördern, entwickelte sich die Akademie zum Sammelbecken von Künstlern und Literaten, die sich dem Nationalsozialismus angedient hatten. 1953 wurde sogar Karl Alexander von Müller, »der Historiker für den Nationalsozialismus«,³⁸ aufgenommen, und von 1968 bis 1974 wirkte Hans Egon Holthusen als Präsident, der sich stolz zu seiner freiwilligen Mitgliedschaft bei der SS bekannte und der auch nicht zurücktrat, als ihm der Auschwitz-Überlebende Jean Améry antwortete: »Sie gingen zur SS, freiwillig. Ich kam anderswo hin, ganz unfreiwillig.«³⁹

1950 fand in den Räumen der Akademie die aufwendige Ausstellung »Ars Sacra« statt, die unter der Schirmherrschaft von Kardinal Faulhaber stand und von Martin Heidegger eröffnet wurde. Mit der Ausstellung wurde ein sinnstiftendes christliches Europa beschworen, sie wirkte damit als direktes Pendant zu Hans Sedlmayrs Publikation »Verlust der Mitte«, die den gesamten Prozess der Modernisierung und Säkularisierung verdammte und gerade deswegen seit 1948 mit vielen Auflagen zum Kult- und

Trostbuch aller Konservativen avancierte: »Genau zur richtigen Stunde bot Sedlmayr den konservativen Eliten ein scheinbar visionäres Instrument zur Vergangenheitsbewältigung an, das alle ihre Schuldgefühle und Ängste auf das Ressentiment gegen Moderne und Aufklärung umzuleiten erlaubte.«⁴⁰ Bezeichnenderweise wurde Sedlmayr, NSDAP-Mitglied von 1930 bis 1932 und von 1938 bis 1945, 1951 als Ordinarius an die Münchner Universität berufen. Diesem restaurativen Geist entsprach im öffentlichen Raum die Rekonstruktion der Residenz der Wittelsbacher. Während in den meisten Bundesländern die ehemaligen fürstlichen Residenzen umgewandelt und für Aufgaben der Gegenwart dienstbar gemacht werden sollten, wurde in München die stark zerstörte Anlage mit ungeheurem Aufwand weitgehend museal wiederhergestellt, um durch eine »rekonstruierte« Kontinuität die angebliche Verbundenheit des bayerischen Volkes mit den Wittelsbachern zu dokumentieren.⁴¹

Nach der Gründung der Bundesrepublik veränderte sich die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit nochmals gravierend.⁴² In der Wiederaufbaugesellschaft, die nun über den Marshallplan finanzielle Unterstützung erhielt, um ein Bollwerk gegen den Kommunismus zu errichten, schlossen die überlebenden Gegner des NS-Regimes mit den ehemaligen »Volksgenossen« einen Burgfrieden. Gemeinsam beseitigten sie die Kriegsschäden und bauten die Wirtschaft auf; die NS-Vergangenheit wurde dagegen in den Hintergrund geschoben beziehungsweise völlig ausgeblendet. Hannah Arendt beschrieb nach ihrem Besuch in Deutschland 1950 diese Mechanismen: »Beobachtet man die Deutschen, wie sie geschäftig durch die Ruinen ihrer tausendjährigen Geschichte stolpern und für die zerstörten Wahrzeichen ein Achselzucken übrig haben oder wie sie einem verübeln, wenn man sie an ihre Schreckenstaten erinnert, dann begreift man, dass die Geschäftigkeit zu ihrer Hauptwaffe bei der Abwehr der Wirklichkeit geworden ist.«⁴³ Arendt verwies auch auf die Folgen des nun einsetzenden »Wirtschaftswunders« für die »Vergangenheitsbewältigung«, denn die Wiedereinführung der freien Marktwirtschaft bedeutete, dass Industrie und Handel wieder in die Verfügungsgewalt derjenigen gegeben wurden, »die stramme Anhänger des Regimes gewesen waren«, und dass diese damit »ihre alte Macht über die Arbeiterklasse wiederge-

wannen«.⁴⁴ Das literarische Pendant zu Arendts Analyse ist Wolfgang Koeppens Roman »Tauben im Gras«: In einer Montage von Münchner Milieus und Personen des Jahres 1948 werden Verdrängungen und Hoffnungen sowie der nach- und wiederauflebende NS-Geist in der Trümmerstadt zu bedrängenden Sprachbildern verdichtet.⁴⁵

Die Zeitspanne von der Gründung der Bundesrepublik 1949 bis zur Mitte der 1950er-Jahre ist gekennzeichnet von einer »Vergangenheitspolitik«, mit der systematisch und gezielt nahezu alle ehemaligen Parteigenossen in die bundesdeutsche Aufbaugesellschaft integriert wurden. Von einem ersten Amnestiegesetz des Bundes 1949 über das »131er-Gesetz« 1951 bis zum 2. Straffreiheitsgesetz 1954 ziehen sich die Bemühungen aller politischen Parteien »um eine Beendigung, zum Teil sogar Rückgängigmachung der politischen Säuberung, wie sie die Alliierten seit 1945 durchgesetzt und wie sie die von ihnen lizenzierten demokratischen Parteien zunächst auch mitgetragen hatten«.⁴⁶ In den frühen 1950er-Jahren wurde »die nahezu vollständige Reintegration der Nationalsozialisten einschließlich ihres Spitzenpersonals mit wenigen Ausnahmen vollzogen. [...] Dass trotz Millionen von Opfern der nationalsozialistischen Politik die Angehörigen der NS-Eliten und selbst die Massenmörder aus Sicherheitspolizei und SD zu einem so großen Teil beinahe ungeschoren davonkamen und sogar als angesehenen Bürger in zum Teil hohen Positionen leben sollten«,⁴⁷ war ein Skandal mit schwerwiegenden Folgen für die Gesellschaft, der »wie ein Kainsmal«⁴⁸ der Republik bis in die Gegenwart anhaftet: »Dass das Nachkriegsdeutschland auf einem Schindanger errichtet worden ist, und dass die Mehrheit der Schinder auf ihm in Pension gegangen ist, ist eine Tatsache, die emotionell niemals ganz begriffen werden kann.«⁴⁹

Die Bemühungen von Politikern aller Parteien, darunter auch viele ehemalige Verfolgte des NS-Regimes, »Vergessen über die Vergangenheit zu decken«,⁵⁰ führten zwar zu einer gewissen Homogenisierung der zerrissenen Gesellschaft, aber diese Bestrebungen beförderten auch ein »Klima der Kaltschnäuzigkeit«⁵¹, in dem ein »Schlussstrich« verlangt wurde und sich NS-Verbrecher breit machten. So forderte der CSU-Abgeordnete und ehemalige SA-Mann Richard Jaeger bei einer Massenveran-

staltung 1951 unter Applaus und mit Unterstützung kirchlicher Kreise die Begnadigung der in Landsberg inhaftierten schweren Kriegsverbrecher.⁵² In den Zusammenhang der Unterdrückung der leidigen Erinnerung gehört auch die juristische Verfolgung des störenden Mahners Philipp Auerbach, der seit 1946 als ›Staatskommissar für rassistisch, religiös und politisch Verfolgte‹ in München unermüdlich seine Stimme für die NS-Verfolgten erhoben hatte. Nach der Verurteilung wegen Bagatellen in einem von früheren NS-Richtern geführten Prozess beging der ehemalige KZ-Häftling 1952 Selbstmord.⁵³

Bayern nimmt keine Sonderrolle bei der Verdrängung der NS-Zeit ein, aber die Ansiedelung von etwa zwei Millionen Vertriebenen aus dem sogenannten Sudetenland und aus Schlesien führte zu einem Stimmenpotenzial von etwa 20 Prozent der bayerischen Wähler, auf das in den ersten Jahrzehnten der Nachkriegszeit in besonderer Weise Rücksicht genommen wurde. Viele der Vertriebenen, die geradezu als ›vierter Stamm Bayerns‹ bezeichnet wurden und die zum Teil in einer eigenen Partei, dem Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), schlagkräftig organisiert waren, forderten immer wieder lautstark ›Heimatrechte‹ sowie die Revision von Verträgen und sperrten sich gegen eine Auseinandersetzung mit ihrer eigenen NS-Geschichte. Dass die Vertreibung Folge der NS-Herrschaft war, blieb zumeist unausgesprochen. Politische Interessen und Rücksichtnahmen wirkten somit im Umfeld der bayerischen Vertriebenenpolitik kontraproduktiv auf Versuche einer Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und verstärkten Mechanismen der Verdrängung.

Die gezielte Integration von NS-Tätern in die bundesrepublikanische Gesellschaft war verbunden mit einer wohl dosierten politischen Abgrenzung von rechtsextremem Gedankengut.⁵⁴ Wenn auch die Erinnerung an die NS-Zeit massiv verdrängt wurde, um den angeblichen kollektiven ›Heilschlaf‹⁵⁵ nicht zu stören, so sollten doch auch Zeichen für einen Gesinnungswandel und gegen nachwachsenden Neonazismus, der die junge Demokratie gefährdet hätte, gegeben werden. So wurde die 1938 verwüstete Synagoge in der Reichenbachstraße als eines der ersten jüdischen Bethäuser in Deutschland auf Kosten der Stadt München wiederhergerichtet und der kleinen jüdischen Gemeinde im Mai 1947 übergeben – eine erste sichtbare Sühneleistung gegenüber den aus der

Stadt vertriebenen und ermordeten jüdischen Münchnern. Es dauerte aber noch 60 Jahre, bis mit dem Jüdischen Zentrum auf dem Jakobsplatz ein wirklich überzeugendes Zeichen dafür gesetzt wurde, dass die jüdische Gemeinde wieder in der Mitte der Münchner Gesellschaft willkommen war.

Den zentralen Ort der demokratischen Umorientierung bildete das Amerikahaus, das zunächst im ehemaligen ›Führerbau‹ untergebracht war und das von 1948 bis 1957 zehn Millionen Besucher zählte, die dort mit westlicher, insbesondere nordamerikanischer Lebensart und Demokratie bekannt gemacht wurden. 1957 zog die Einrichtung in einen vom Freistaat Bayern finanzierten repräsentativen Neubau am Karolinenplatz mitten im ehemaligen NS-Parteiviertel. Das neue Amerikahaus blieb in den folgenden Jahrzehnten ein Ort der Begegnung mit angelsächsischer Kultur und Politik, es erreichte allerdings nie wieder jenes intensive Interesse der Münchner wie in den frühen Nachkriegsjahren.⁵⁶ Im Zuge der Reeducation entstanden in München Einrichtungen wie der Kreisjugendring, die von Jella Lepman gegründete Internationale Jugendbibliothek, die Hochschule für Politik sowie das Institut für Zeitgeschichte (IfZ), das die wissenschaftliche Aufarbeitung der NS-Zeit als führende Institution in Deutschland vorantrieb und von dem immer wieder entscheidende neue Impulse ausgingen. Die von Martin Broszat, dem damaligen Direktor des Instituts, initiierten Bände der Reihe ›Bayern in der NS-Zeit‹ lieferten ab 1977 eine erste umfassende Darstellung der Epoche, die in dem von Max Spindler kurz zuvor herausgegebenen ›Handbuch der Bayerischen Geschichte‹ noch inadäquat und auf wenigen Seiten abgehandelt worden war. Mit dem IfZ wurde München zwar zum Zentrum der wissenschaftlichen Aufarbeitung der NS-Geschichte, diese Aufklärungsarbeit wirkte sich aber kaum auf die breitere Öffentlichkeit der Stadt aus. Dort waren im Wesentlichen nur die Vereinigungen ehemaliger Verfolgter des NS-Regimes aktiv, die unermüdlich gegen das Vergessen kämpften. Sie wollten die NS-Verbrecher endlich bestraft sehen, wurden aber zumeist nur als störende Randgruppen behandelt.

Im öffentlichen Raum der Stadt verschwanden im Zuge des ›Wiederaufbaus‹, der in Wirklichkeit weitgehend ein ›Neubau‹ war, die Spuren der Kriegszerstörung, und mit

den Neubauten verblasste auch die Erinnerung. Dies lag nicht zuletzt daran, dass ehemalige NS-Bauten gezielt neutralisiert und nun für Kultur und Verwaltung genutzt wurden. Aus dem ›Führerbau‹ wurde die Hochschule für Musik, in den NSDAP-Verwaltungsbau zogen Kulturinstitute, und im ehemaligen ›Haus der Deutschen Kunst‹ lernten die Besucher die ehemals verfernte Kunst kennen. Die beliebten Faschingsfeste in diesem NS-Bau taten ein Übriges, das Gebäude bei den Münchnern heimisch zu machen. Hinweise auf die ursprüngliche Nutzung fehlten jahrzehntelang, ein Zeichen dafür, dass es nicht um rationale Aufklärung, sondern um Verdrängung ging. Nur an ganz wenigen Münchner Bauten blieb die jüngste Geschichte weiterhin ablesbar.⁵⁷ Musterbeispiele dafür sind der nach Entwürfen von Hans Döllgast aus Trümmerziegeln aufgemauerte Bombentrichter in der Alten Pinakothek sowie die Ergänzungen an St. Bonifaz und am Südfriedhof. Diese Bewahrung der Geschichte war jedoch mehr aus der Not geboren als eine programmatische Aussage des Architekten, der in der NS-Zeit den Ausbau von Thorn zur Gauhauptstadt geplant hatte und der sich später immer wieder dafür einsetzte, seine eigene sparsame Wiederherstellung der Pinakothek dem wachsenden Bedürfnis nach repräsentativen Kulturbauten anzupassen.⁵⁸ Als bleibendes Zeichen architektonischer Erinnerung war nur das von dem ehemaligen SS-Mitglied Josef Wiedemann zum Mahnmal umgewandelte Siegestor konzipiert, das allerdings mit der Inschrift »Dem Sieg geweiht, im Krieg zerstört, zum Frieden mahnend« wie die meisten Erinnerungszeichen der frühen Nachkriegszeit bis heute pauschal auf eine völlig unspezifische Geschichte verweist.⁵⁹

Etwas konkreter wurde die öffentlich bekundete Erinnerung nur bei Straßenschildern und kleinen Gedenktafeln, also in eher unscheinbaren Bereichen. So wurden 1946 die ›Danziger Freiheit‹ (bis 1933 ›Feilitzschplatz‹) in Erinnerung an die ›Freiheitsaktion Bayern‹ in ›Münchner Freiheit‹ und die Plätze an der Universität nach Mitgliedern der Weißen Rose umbenannt. Diese Zeichen der Erinnerung an Aktionen oder Personen des Widerstands gegen das NS-Regime waren aber letztlich nur winzige Gesten, die kaum zur Aufklärung oder zur kritischen Auseinandersetzung mit historischen Zusammenhängen anregten.⁶⁰ Im Gegensatz zu diesen kleinen Hinweisen wur-

den in Presse und Rundfunk, also bei den Institutionen, die von den US-Behörden in den ersten Nachkriegsjahren mit entsprechender Eigenständigkeit ausgestattet worden waren, immer wieder die Täter und Hintergründe der NS-Verbrechen benannt und ein Diskurs eingefordert. In der Süddeutschen Zeitung engagierte sich Ernst Müller-Meinigen jr. über mehrere Jahrzehnte mit zahllosen Beiträgen und konfrontierte seine Leser mit dem Nachleben und der mangelnden Aufarbeitung der NS-Zeit.⁶¹ Im Bayerischen Rundfunk wurde unter Walter von Cube das Medium im besten Sinne zur Aufklärung eingesetzt. Als diese Freiheit der Berichterstattung politisch kontrolliert und eingeschränkt werden sollte, trat Cube 1972 zurück.

Ende der 1950er-Jahre geriet die bis dahin übliche Verdrängung der NS-Zeit in die Kritik,⁶² denn über die 1958 eingerichtete Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg und die folgenden Prozesse wurden sowohl die Exzesse des Vernichtungskriegs als auch die Dimensionen des Holocausts allgemein bekannt; außerdem zeigte die ›Schmierwelle‹ gegen jüdische Einrichtungen 1959/60, wie virulent rechtsextremes und nationalsozialistisches Gedankengut noch immer war. Befragungen zum Schülerwissen über die NS-Zeit belegten zudem eine erschreckende Unkenntnis, die zu einer Veränderung der Lehrpläne nicht nur in Bayern führte.⁶³ Die bislang übliche ›Vergangenheitspolitik‹ veränderte sich jedoch kaum. Trotz der Prozesse gegen Eichmann und die Auschwitzmörder zeigte die deutsche Justiz auch in den 1960er-Jahren wenig Neigung, verstärkt gegen NS-Verbrecher vorzugehen, und im Zuge der Wiederbewaffnung wurde nicht nur der Mythos von der ›sauberen Wehrmacht‹ weitergepflegt, sondern auch eine völlig instinktlose Traditionspflege zelebriert. So kam es am 11. Juni 1961 ausgerechnet vor der Feldherrnhalle, dem besonders mit NS-Geschichte kontaminierten Ort Münchens, zum ersten öffentlichen Zapfenstreich des Bundesgrenzschutzes, dem zahlreiche weitere derartige Aktionen auf dem kaum weniger historisch belasteten Königsplatz, auch in Anwesenheit des bayerischen Ministerpräsidenten, folgen sollten.

Diesen Entgleisungen aufgrund einer vernachlässigten Erinnerungskultur stehen einige eher symbolisch zu nennende Aktionen von ›Wiedergutmachung‹ gegenüber. So initiierte der Münchner Stadtrat 1960 einen Lehrer-, Schü-

ler- und Kulturaustausch mit Israel sowie ein Besuchsprogramm für vertriebene jüdische Münchner oder deren Nachkommen, das bis heute fortgeführt wird.⁶⁴ 1965 wurde endlich ein – wenn auch dürftiger – Gedenkstein auf dem ›Platz der Opfer des Nationalsozialismus‹ aufgestellt, und 1969 kam es mit einem Mahnmal auf dem Gelände der ehemaligen Hauptsynagoge an der Herzog-Max-Straße zum ersten prominenten öffentlichen Zeichen der Erinnerung an die Zerstörung jüdischen Lebens in München. Das ›Wirtschaftswunder‹ sowie der florierende Modernisierungs- und Planungsoptimismus⁶⁵ schwächten die Neigung zu kritischer Selbstreflexion immer weiter und bekräftigten eine Haltung, die Franz Josef Strauß für die ›schweigende Mehrheit‹ dann im Wahlkampf 1969 ungeschminkt aussprach: »Ein Volk, das diese wirtschaftlichen Leistungen vollbracht hat, hat ein Recht darauf, von Auschwitz nichts mehr hören zu wollen.«⁶⁶

Nach fast einem Vierteljahrhundert zum Teil schamloser Verdrängungen und Verweigerungen entlud sich in den späten 1960er-Jahren der Protest der Söhne und Töchter gegen die Mütter und Väter. In München explodierte der angestaute Unmut besonders drastisch an der Akademie der Bildenden Künste. Die Aktionen, unter anderem gegen Hermann Kaspar, führten jedoch nicht einmal zu dessen Rücktritt, und die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit geriet angesichts eines pauschalen Aufbegehrens gegen die erstarrten Strukturen eher in den Hintergrund.⁶⁷ Zwar zeigte der Brandanschlag 1970 auf ein jüdisches Münchner Altersheim, bei dem zum ersten Mal in der Bundesrepublik Juden antisemitischer Gewalt zum Opfer fielen, wie gefährlich der Antisemitismus noch – oder wieder – war, aber die Erfolge der prosperierenden Stadt, die sich mit den Olympischen Spielen 1972 als demokratisches Gegenstück zur ehemaligen Reichshauptstadt international profilierte, begünstigten auch manche Versuche, das braune Erbe unter den Teppich der ›Weltstadt mit Herz‹ zu kehren.⁶⁸ Da in den 1970er-Jahren dann zunehmend die ›45er-Generation‹, ehemalige HJ-Angehörige und Flakhelfer, in führende Positionen kam, entwickelte der Protest der ›68er immer noch nicht die notwendige gesellschaftliche Dynamik, um eine neue Haltung zur NS-Vergangenheit zu erreichen.⁶⁹

Erst in den 1980er-Jahren fand mit einem Generationswechsel⁷⁰ ein allmähliches Umdenken in breiteren Bevöl-

kerungsteilen statt, die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit verlagerte sich von einer nie eingelösten ›Vergangenheitsbewältigung‹ zu neuen Formen der Erinnerungskultur. Diesen Prozess beförderten nicht nur zahlreiche öffentliche Debatten, sondern insbesondere die Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern in Geschichtswerkstätten, Bezirksausschüssen und Stadtteilinitiativen,⁷¹ die nach dem Motto »Grabe, wo du stehst«⁷² systematisch neue Erkenntnisse über die NS-Zeit aus ihrer direkten Umgebung ans Licht brachten. Dabei weitete sich der Kreis der Opfer und der Täter immer weiter aus, zunehmend kam die gesamte deutsche ›Volksgemeinschaft‹ als mehr oder weniger aktive Basis des NS-Regimes in den Blick. Nun erst richtete sich auch das Interesse auf die jahrzehntelang ausgeblendeten ›Täterorte‹.⁷³ In München führten diese Aktivitäten unter anderem dazu, dass vier Jahrzehnte nach Kriegsende wieder an die beiden ›Judenlager‹, die Ausgangsorte des Holocaust an den Münchner Juden, in Berg am Laim und in Milbertshofen erinnert wurde, die vollkommen aus dem Gedächtnis der Stadt verschwunden waren.⁷⁴ Außerdem erfolgte aufgrund einer Bürgerinitiative 1984 erstmals ein öffentlicher Hinweis auf einen ›Täterort‹, die ehemalige Gestapo-Zentrale an der Brienner Straße.⁷⁵

Während aber in anderen Städten diese Initiativen buchstäblich zu Grabungen und allmählich auch zur Etablierung von Dokumentationszentren und Gedächtnisorten in Berlin, Nürnberg und Köln führten,⁷⁶ setzten in München Ende der 1980er-Jahre noch Bemühungen ein, die architektonischen Spuren des Nationalsozialismus im öffentlichen Raum weiter zu neutralisieren beziehungsweise auszulöschen. Mit dem erklärten Ziel, die bauliche Erinnerung an die NS-Zeit zu beseitigen, wurden 1987/88 die Granitplatten auf dem Königsplatz, dem flächenmäßig größten NS-Bauelement in München, entfernt, und weiterhin sollten anstelle der Sockel der NS-›Ehrentempel‹ Museen gebaut werden.⁷⁷ Als diese Pläne zur Entsorgung der NS-Geschichte auf heftigen Widerstand vieler Bürger stießen, wurde die Planung zurückgezogen, und im folgenden Jahrzehnt verlagerte sich die Auseinandersetzung mit der braunen Vergangenheit der Stadt auf Ausstellungen, Symposien und Publikationen.⁷⁸ Im öffentlichen Raum fehlten jedoch, mit Ausnahme einer 1996 aufgestellten Informationstafel am Königsplatz, weiterhin Hin-

weise auf die NS-Vergangenheit der Stadt. Weder Bürger noch Besucher der Stadt fanden Zeichen und Anstöße zu einer Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit der ehemaligen »Hauptstadt der Bewegung«. Anregungen aus Bürgerkreisen sowie kritische Kunstaktionen⁷⁹ verliefen jahrelang im Sande. Erst als sich gegen Ende der 1990er-Jahre die Bemühungen auf das Gelände des ehemaligen »Braunen Hauses« als Ort für ein NS-Dokumentationszentrum konkretisierten, erreichten Initiativen von Bürgern mit Unterstützung der Presse und einiger Politiker ein derartiges Gewicht, dass im November 2001 vom Münchner Stadtrat der Bau eines Erinnerungs- und Lernortes an der Stelle der ehemaligen Parteizentrale an der Brienner Straße beschlossen wurde. 2002 schloss sich

die Bayerische Landesregierung bei der Finanzierung des geplanten Baus an und stellte dann auch das Grundstück zur Verfügung. Trotzdem war das Projekt in den folgenden Jahren aufgrund von Kompetenzstreitigkeiten und Sparüberlegungen immer wieder gefährdet und wurde insbesondere durch die zu einem Initiativkreis zusammengesetzten Bürgervereinigungen am Leben gehalten.⁸⁰ Erst nach und nach entwickelte sich ein breiter Konsens über Parteien und Gruppierungen hinweg. 2008 konnte dann ein Staatsvertrag über die Finanzierung des Baus zwischen Bund, Freistaat und Kommune geschlossen und 2012 der Grundstein für den Neubau gelegt werden. »Spät, aber nicht zu spät«⁸¹ stellte sich damit die Stadt München ihrer historischen Verantwortung.